

ZUM STAND DER „FISCHER-KONTROVERSE“ UM DEN AUSBRUCH DES ERSTEN WELTKRIEGES

von
BERND-JÜRGEN WENDT

Vor wenigen Jahren schien es noch so, als seien die Leidenschaften in der Kontroverse um den Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutschen Kriegsziele inzwischen abgekühlt, als sei – um in der Sprache der Marneschlacht von 1914 zu bleiben – aus dem Angriffs- längst ein Grabenkrieg geworden, in dem sich alle Beteiligten in ihren Positionsgräben eingekerkelt haben und in dem sich argumentativ nichts mehr bewegte. Seit etwa zwei Jahren ist in die Auseinandersetzung nun wider Erwarten wieder eine teilweise leidenschaftlich erregte und polemisch zugespitzte Bewegung gekommen. Hierfür zunächst einige äußere Daten:

– Im Jahre 1981 erschien in der Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“¹ ein Aufsatz von K. Bruckmann „Erster Weltkrieg – Ursachen, Kriegsziele, Kriegsschuld. Fritz Fischers Thesen in deutschen Schulgeschichtsbüchern“. Er zeichnet sich nicht nur in seinem Tenor durch eine sehr kritische Distanz zu den Thesen F. Fischers aus, sondern vor allem auch dadurch, daß es die Herausgeber (unter ihnen einer der Hauptwidersacher Fischers, Karl Dietrich Erdmann) für notwendig erachteten, den Leser durch ein sehr polemisch gegen Fischer zugespitztes Vorwort gleichsam „einzustimmen“, da sie der Durchschlagskraft der Argumente und Beobachtungen von Bruckmann allein offenbar nicht zu trauen schienen.

Die Herausgeber beklagen es, feststellen zu müssen, „in wie starkem Maße der Kriegausbruch 1914 und die deutschen Kriegsziele den Schülern in Verkennung der Forschungslage oft so präsentiert werden, als sei die wissenschaftliche Kontroverse beendet“. Glücklicherweise, wird man hier hinzufügen müssen, ist die Kontroverse noch nicht beendet, und glücklicherweise wird sie in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur auf der Ebene der „Hauszeitschrift“ von K. D. Erdmann ausgetragen! Des weiteren erachten es die Herausgeber als notwendig, einleitend noch einmal² als scheinbar unwiderlegbares Beweisstück für die Richtigkeit ihrer Position den oft zitierten Artikel XVIII der bekannten „Deutsch-französischen Vereinbarung über strittige Fragen Europäischer Geschichte“ vom Oktober 1951³ zu zitieren, wo es u.a. heißt: „Die Dokumente erlauben es nicht,

im Jahre 1914 irgendeiner Regierung oder einem Volk den bewußten Willen zu einem europäischen Krieg zuzuschreiben“. Einmal ganz abgesehen von der Tatsache, daß diese bilateralen Schulbuchempfehlungen insofern selbst schon ein Stück Geschichte sind, als sie politisch wesentlich vor dem Hintergrund der Aussöhnung damals mit Frankreich und der Adenauerschen Westpolitik zu sehen und zu gewichten sind, überrascht die Selbstsicherheit und Gewißheit, mit der die Herausgeber durch dieses Zitat aus dem Jahre 1951 im Grunde doch wohl ihre mangelnde Bereitschaft dokumentieren, davon Kenntnis zu nehmen, daß seit 1959, ausgelöst durch Fritz Fischer, weltweit ein tiefgreifender Umdenkungsprozeß hinsichtlich der Verursachung des Ersten Weltkrieges stattgefunden hat, selbst wenn manche Positionen Fischers, worüber unten noch mehr zu sagen sein wird, bis heute nicht die Zustimmung seiner Gegner gefunden haben. Oder wie ist es sonst zu erklären, daß die Herausgeber „heute in Frankreich maßgebende Sachkenner“ als Kronzeugen bemühen für die Feststellung, daß „auch nach dem jetzigen Stand der Forschung der oben angeführte Wortlaut aus den deutsch-französischen Thesen immer noch für eine sachgerechte Aussage gehalten wird“?! Schließlich gewinnt die Einleitung den Anstrich einer ausgesprochen persönlichen Polemik, die Erinnerungen an den in den 60er Jahren Fischer entgegengeschleuderten Vorwurf der „nationalen Nestbeschmutzung“ weckt, wenn die Herausgeber mit dem Unterton von Genugtuung noch einmal darauf hinweisen, „der Hauptvertreter der erneuerten einseitigen Kriegsschuldthese“ habe auf einem französisch-deutschen Historikertreffen in Dijon 1965 „vergeblich“ versucht, „in einem emphatischen Appell die anwesenden französischen Historiker von der Notwendigkeit zu überzeugen, jene Formulierung (gemeint sind die Schulbuchempfehlungen, Wdt) zu revidieren“.

— Am 8. Juli 1982 faßte Egmont Zechlin, ein weiterer namhafter Widersacher Fischers, die Quintessenz seiner Forschungen zur Julikrise 1914 noch einmal in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zusammen⁴.

— Im Januar 1983 erschien Fritz Fischers Streitschrift „Juli 1914: Wir sind nicht hineingeschlittert“⁵. In ihr setzt sich Fischer noch einmal in einer leidenschaftlichen und von polemischer Überspitzung nicht freien Argumentation mit seinen Hauptgegnern E. Zechlin, K. D. Erdmann und A. Hillgruber auseinander und formuliert gleichzeitig seit längerem allgemein bestehende Zweifel an der Authentizität zahlreicher wichtiger Passagen der Riezler-Tagebücher mit einer kaum mehr überbietbaren apodiktischen Radikalität.

— Im Aprilheft der „Historischen Zeitschrift“⁶ schließlich prallten mit voller Schärfe die Ansichten des Göttinger Historikers Bernd Sösemann und des Herausgebers der Riezler-Tagebücher, K. D. Erdmann,⁷ über den historischen Quellenwert dieser Tagebücher im allgemeinen und die Authentizität der wichtigen Eintragungen Riezlers vom Juli/August 1914 im besonderen aufeinander. Sösemann hat nun nach ersten Zweifeln, die er schon 1974 — übrigens damals übereinstimmend mit dem Salzburger Historiker Fritz Fellner⁸ — lediglich in Kenntnis des veröffentlichten Manuskriptes geäußert hatte,⁹ nach gründlicher Prüfung der Originalvor-

lage in Bundesarchiv, zu der ihm Erdmann dankenswerterweise den Zugang geöffnet hatte, massive und wohlbegründete Bedenken gegen die Authentizität u.a. der Eintragungen aus dem Juli und der ersten Hälfte August 1914 formuliert. Dagegen beharrt Erdmann in einer scharfen Replik im selben Heft der HZ, die leider nicht frei von einer bedauerlichen persönlichen Herablassung gegenüber dem sehr viel Jüngeren ist, auf der Originalität und der historischen Authentizität der inkriminierten Tagebucheintragungen.

— Diese mit Verve und Härte geführte wissenschaftliche Kontroverse zwischen Sösemann und Erdmann wurde unmittelbar anschließend einer breiten Öffentlichkeit durch einen ausführlichen Aufsatz von Karl-Heinz Janßen in der *Zeit*¹⁰ „August '14: Wahrheit auf Raten. Zwei Historiker streiten um Tagebücher: Wurde die deutsche Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg im nationalen Interesse verschleiert?“ bekannt. Leider gab Janßen der wissenschaftlichen Kontroverse in seinem Artikel dadurch einen ganz irreführenden und verfälschenden Anstrich, daß er sie unnötigerweise gleich am Anfang assoziativ in einen Zusammenhang mit dem Skandal um die sogenannten „Hitler-Tagebücher“ rückte und dadurch Erdmann als Wissenschaftler und Herausgeber in ein unmögliches und geradezu rufschädigendes Zwielicht brachte.

— Erdmann erhielt in der *Zeit* wenig später¹¹ die Gelegenheit zu einer Erwiderung auf Janßen und zur Klarstellung seiner Position auch gegenüber Sösemann: „Die Tagebücher Riezlers sind echt“. Bedauerlicherweise blieb Sösemann auf den Leserbrief-Teil der *Zeit* verwiesen, in dem sich dann auch noch einmal u.a. Fischer, Fellner, Geiss und eine weitere Gruppe namhafter deutscher und englischer Historiker zu Worte meldeten.¹² Ohne daß hier der Ort sein kann, die neu entfachte „Fischer-Kontroverse“ noch einmal in ihren vielfach verästelten und sehr komplizierten inhaltlichen und methodischen Argumentationslinien und Ergebnissen seit 1959 nachzuzeichnen, soll es im folgenden nur darum gehen, fünf besonders umstrittene Themenkomplexe von den unterschiedlichen Positionen her knapp zu skizzieren:

1. Die Debatte um das Riezler-Tagebuch und seine Authentizität.
2. Die Interpretation der deutschen Politik in der Julikrise 1914 und die Rolle des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg.
3. Der Zusammenhang zwischen deutscher Weltpolitik seit den 90er Jahren und den Kriegszielen des kaiserlichen Deutschlands während des Krieges.
4. Die Kontinuität der deutschen Kriegszielpolitik 1914–1918.
5. Kontinuitätslinien von Bismarck zu Hitler, vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg.

1. Die Kontroverse um das Riezler-Tagebuch

Wenn es gilt, in die geheimen Gedankengänge des letzten deutschen Vorkriegskanzlers einzudringen, steht die Geschichtswissenschaft vor der mißlichen Barriere, daß von Bethmann Hollweg kein Nachlaß mit priva-

ten Aufzeichnungen aus den Vorkriegs- und Kriegsjahren erhalten ist. So lag es nahe, über das, was der rätselhafte „Philosoph von Hohenfinow“ besonders in den entscheidungsreichen Wochen und Monaten des Sommers 1914 gedacht und geplant hat, nähere Aufklärung bei seinem persönlichen Referenten und engsten Vertrauten in dieser Zeit, dem Legationsrat Kurt Riezler, zu suchen. Deshalb horchten die interessierten Vertreter der Geschichtswissenschaft naturgemäß auf, als der Kieler Ordinarius Karl Dietrich Erdmann Mitte der sechziger Jahre mitteilte, er habe nach schwierigen nachlaßrechtlichen Verhandlungen endlich Zugang zu den Riezler-Tagebüchern, deren Existenz längst bekannt war, bekommen und bereite eine Edition vor, und als er zugleich zentrale Eintragungen aus dem Juli 1914 schon vorab der Öffentlichkeit bekanntmachte.¹³ Die mit besonderer Spannung erwartete Edition der Riezler-Tagebücher 1972¹⁴ trug ihrem Herausgeber zwar allgemein hohes Lob für die Umsicht und Sorgfalt seiner editorischen Tätigkeit und auch für seinen einleitenden biographischen Aufriß ein, erste Zweifel von Sösemann und Fellner an den ursprünglichen Quellenwert der Juli-Eintragungen Riezlers waren aber auch schon unüberhörbar. „Sind diese Äußerlichkeiten bereits dazu angetan“, faßte Fellner seine Bedenken nach einer subtilen quellenkritischen Überprüfung der Edition zusammen, „Zweifel an der Authentizität der Eintragungen für den Juli 1914 zu wecken, so werden diese Bedenken noch durch eine inhaltlich-stilistische Analyse bestärkt“.¹⁵ „Die äußeren Kriterien und die eben angedeutete inhaltliche Kritik veranlassen mich, die Hypothese aufzustellen, daß die von Erdmann veröffentlichten Eintragungen zur Julikrise zwar die Edition eigenhändiger Aufzeichnungen Kurt Riezlers, aber nicht des Originaltagebuchs darstellen“.¹⁶ Die Zweifel Fellners und eigene, schon früh geäußerte Bedenken erhärteten sich für Bernd Sösemann nahezu zur Gewißheit, als er nun durch Vermittlung Erdmanns das Originalmanuskript im Bundesarchiv einsehen konnte. Die Brisanz dieser Zweifel wird deutlich, wenn man sich zum einen vergegenwärtigt, daß insbesondere Erdmann, aber auch dann Fischer und andere berechtigten Warnungen Fellners zum Trotz, daß „die Riezler-Tagebücher... keine Geheimnisse gelüftet und keine Beweise für oder gegen die Kriegsschuld und die Kriegsziele gebracht“¹⁷ haben, weite Teile ihrer Beweisführung zur Julikrise und zum Umfang der deutschen Mitverantwortung am Ausbruch des Weltkrieges auf die entsprechenden Tagebuch-Eintragungen Riezlers gestützt haben und daß zum anderen diese selbst bereits in der Präsentation der Forschung bis in die Schulbücher hinein so etwas wie einen kanonischen Charakter gewonnen hatten.

Sösemann trägt in dem erwähnten HZ-Artikel zahlreiche Merkwürdigkeiten für die Eintragungen vom 7. Juli bis zum 14. August („Blockblätter“) zusammen, die hier nur stichwortartig und ohne Anspruch auf Vollständigkeit erwähnt werden sollen: die „Blockblätter“ liegen nicht wie der Großteil der übrigen Tagebücher in kleinen blauen Heften vor, sondern in 19 knapp DIN-A4 formatigen einzelnen Blättern; sie unterscheiden sich von den anderen Tagebüchern des weiteren durch eine separate, nicht immer korrekte Zählung (Nr. 1 bis 8) sowie nach der Behauptung

Sösemanns durch ein abweichendes Schriftbild, eine andere Papierqualität und „durch ihren veränderten Sprach- und Schreibstil“; „Syntaktischer Bau und sprachlicher Duktus sind glatter und bewußter geformt“;¹⁸ sie wurden zudem ursprünglich nicht zusammen mit den anderen Tagebüchern aufbewahrt, sondern in einer anderen „Abteilung“ (?) des Riezler-Nachlasses; den stärksten Anstoß erregt bei Sösemann das von ihm so bezeichnete „Schlüsseldokument“ vom 15. August, mit dem die ursprüngliche Kladde-Zählung (Nr. 548 – Heft XXXI) wiederaufgenommen wird und das der Autor als Beweisstück abdruckt. „Aus ihm gehen die Unsicherheit dieses Textabschnittes und die vielfältigen Bearbeitungsspuren (Marginalien, Korrekturen, Datierungsprobleme, Doppelnumerierung, Streichungen) hervor; ihm läßt sich auch einiges über Form, Inhalt und Methode der Textveränderungen entnehmen“.¹⁹ Seine editions- und textkritische Untersuchung gerade dieses „Schlüsseldokumentes“ ergänzt Sösemann durch eine textimmanente Interpretation, die deutlich macht, wie schwer sich die Eintragung vom 15. August inhaltlich mit dem Vorhergehenden und wie schwer sich die „Blockblätter“ überhaupt mit dem Kontext der blauen Hefte verklammern lassen. Sösemann wirft Erdmann vor, all diese Merkwürdigkeiten und Anomalien nicht hinreichend in seiner Edition gekennzeichnet zu haben, und kommt dann zusammenfassend zu dem Schluß, Kurt Riezler habe einen wichtigen Teil seines Tagebuchs später nachträglich bearbeitet. „Es liegen keine Originalaufzeichnungen aus der ‚Julikrise‘ mehr vor; die edierten Materialien stellen auf ihnen fußende, von dem Autor später vorgenommene Bearbeitungen dar. Die Blockblätter gehörten nicht zum Korpus der Tagebücher... Die auf den Blockblättern zu lesenden Versionen dürften relativ freie Bearbeitungen der Erstaufzeichnungen sein“.²⁰ Über den Zeitpunkt der nach seiner Vermutung vorgenommenen Änderungen und Neubearbeitung des Tagebuchs tappt Sösemann naturgemäß im Dunkeln. Gleiches gilt für die möglichen Motive. Die Überarbeitung kann nach Sösemann zwischen dem ersten Nachkriegsjahr 1919 und den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel vorgenommen worden sein, Äußerungen, die nachträglich noch Bethmann Hollweg, die deutsche Außenpolitik in der Julikrise oder vielleicht auch den Autor hätten belasten können, vor der möglicherweise geplanten Veröffentlichung des Tagesbuchs zu tilgen oder jedenfalls zu entschärfen und zu relativieren.

Mit dem Untersuchungsbefund Sösemanns, nach dem nicht nur die Juli-Dokumente eine spätere Bearbeitung durch Kurt Riezler selbst darstellen und dementsprechend nicht mehr als originale Schlüsseldokumente für die deutsche Politik in der Juli-Krise 1914 zu bewerten sind, sondern darüber hinaus auch noch der Bruder Walter Riezler durch eigene Bearbeitungen Tagebucheintragen aus der Vorkriegszeit in ihrer Aussage verfälscht haben soll, war Erdmann nun in doppelter Weise, als wissenschaftlicher Editor und als Interpret der Juli-Krise, herausgefordert. Er kann in seiner Entgegnung Sösemann zwar mehrfach Fehler im einzelnen nachweisen, nicht jedoch die Zweifel an seiner eigenen Behauptung ausräumen, daß es sich bei der Edition um die Originalaufzeichnungen Kun-

Riezlers von Juli/August 1914 handelt und nicht um spätere Bearbeitungen. Nach Erdmann lassen sich keine Indizien für eine solche spätere Bearbeitung finden, „und schon gar nicht läßt sich aus dem Schriftbild der Hohenfinower Aufzeichnungen (gemeint sind die inkriminierten Aufzeichnungen von Juli/August 1914, Wdt) die Vermutung rechtfertigen, diese stellten die Nachkriegsbearbeitung eines ursprünglichen Tagebuchs dar“.²¹ Sösemanns „quellenkritische Bemühungen“ sind nach dem unduldsam und nicht selten mit überheblicher Herablassung gegenüber dem jüngeren Kollegen vorgetragenen Diktum Erdmanns „handwerklich ebenso unzureichend wie seine Spekulationen über Motivierungen Riezlers“.²²

Es bleiben am Ende viele Quellenkritische Ungereimtheiten und Merkwürdigkeiten, die Erdmann nicht überzeugend erklären kann; es bleibt der Eindruck, daß hier ein Editor, ohne daß man ihm irgendwelche dunklen Nebenabsichten unterstellen sollte, in seiner Edition der Öffentlichkeit eine wichtige Textüberlieferung als sehr viel glatter und unproblematischer präsentiert hat, als sie sich beim näheren Blick auf die Originalvorlage darstellt; es bleiben erhebliche Zweifel am Aussagewert des Riezler-Tagebuches zumindest für die Julikrise; es bleiben am Ende auch manche Irrtümer und zu weit gehende Vermutungen Sösemanns, kurz: „Aber es gibt keinen klaren Sieger; jeder hat Blessuren davongetragen, und weder der eine noch der andere kann mit absoluter Gewißheit behaupten, die Blockblätter vom Juli 1914 seien authentisch oder nicht“ (K. H. Janßen).

In gewisse Schwierigkeiten kommt aber auch F. Fischer durch die Ergebnisse Sösemanns, wenngleich diese für ihn erheblich geringer als für Erdmann sind. Zwar hatte Fischer längst seine These von der aktiven und kriegswilligen deutschen Politik in der Julikrise entwickelt, bevor Erdmann erste Zitate aus dem Riezler-Tagebuch vorlegte; er hat dann aber ab 1965 diese Zitate durchgehend bis hin zur „Streitschrift“ 1983 verwandt, nicht nur um seine eigene Interpretation zu stützen, sondern um sie noch zu verschärfen. Selbst in der „Streitschrift“ hält er – was Erdmann ihm ironisch vorhält – an der Authentizität der Tagebucheintragung vom 8. Juli 1914 – „Vielleicht entschließt sich der alte Kaiser doch nicht, meint der Kanzler. Kommt der Krieg aus dem Osten, so daß wir also für Österreich – Ungarn und nicht Österreich – Ungarn für uns zu Felde zieht, so haben wir Aussicht, ihn zu gewinnen. Kommt der Krieg nicht, will der Zar nicht, oder rät das bestürzte Frankreich zum Frieden, so haben wir doch noch Aussicht, die Entente über diese Aktion auseinanderzumanövrieren“²³ – fest²⁴, während er sonst dezidiert die Juli/August-Eintragungen als spätere Überarbeitung preisgibt. Fischer rettet sich aus diesem Dilemma mit der Vermutung oder dem „Eindruck, daß es sich hier um eine von Riezlers unvorsichtigerweise in den Auszug übernommene Originaleintragung handelt“.²⁵

Wo Sösemann noch vergleichsweise vorsichtig und behutsam ein Fragezeichen setzt, glaubt Fischer, volle Gewißheit zu haben. Gestützt vor allem auf private Mitteilungen des inzwischen verstorbenen Generalkonsuls a. D. Moritz Schlesinger (ihm, Paul Scheffer vom „Berliner Tageblatt“ und dem Historiker Hans Rothfels hat Riezler in den USA in der

Emigration Teile aus den Tagebüchern vorgelesen, worauf Rothfels ihm 1945 nach der Kapitulation von einer Veröffentlichung dringend abgeraten haben soll, da die Tagebücher für die deutsche Politik in der Julikrise 1914 und für den Reichskanzler von Bethmann Hollweg zu belastend seien. Rothfels hat übrigens später gegenüber Erdmann aus seiner Erinnerung die Authentizität der Juli/August-Eintragungen ausdrücklich bestätigt und sich für eine kritische Edition ausgesprochen!), erklärt Fischer kategorisch, es handle sich hier nicht mehr um die ursprüngliche Tagebuchversion, sondern um eine spätere Bearbeitung. Denn in der ursprünglichen Version habe Riezler Bethmann Hollweg als „kriegswillig“, kriegslustig“, ja sogar den Krieg „herbeiwünschend“ dargestellt²⁶ und diese Fassung dann als allzu belastend vernichtet.

Selbst wenn wir inzwischen begründete Zweifel an der Authentizität der gedruckten Eintragungen haben, geht es doch m.E. zu weit, darüber hinaus konkrete Feststellungen über „die Aussage des ursprünglichen Riezler-Tagebuches“ zu machen, wie Fischer dies tut. Irgendwelche Hinweise auf den Wortlaut einer ursprünglichen Original-Version, wenn diese überhaupt vorgelegen haben sollte, gibt es nicht!

Noch ein Wort zum Schluß: In der erregten Debatte um die Riezler-Tagebücher hat man leider die frühen Warnungen Fellers vor der Überschätzung ihres Aussagewertes sowie eine Tatsache aus dem Auge verloren, die an sich schon jedem Proseminaristen geläufig sein sollte: es handelt sich hier im Blick auf Bethmann Hollweg eben doch nur um ein Sekundär- und nicht um ein Primärzeugnis, ein Zeugnis überdies aus der Feder eines „jungen Mannes“, der im bürokratischen Apparat des Kaiserreiches und in der gesellschaftlichen und militärischen Führungsschicht stets als Außenseiter und Wichtigtuer galt und dementsprechend nicht recht für voll genommen wurde. Fischer ist mit seiner Frage voll zuzustimmen, „ob es denn richtig und möglich ist – während zahllose weitere Quellen existieren – die Dinge ausschließlich durch die Brille des jungen Riezler zu sehen, und ob es nicht eine Übertreibung ist, die Gedankenwelt und die Entscheidungen Bethmann Hollwegs in so einseitiger Weise auf die philosophischen (!) Ideen Riezlers zurückzuführen.“²⁷

2. Die Kontroverse um die Julikrise 1914 und um die Politik des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Unbestritten dürfte die Beobachtung sein, daß durch Fritz Fischer die Julikrise 1914 und die deutsche Mitverantwortung an Ausbruch des Ersten Weltkrieges nach Jahrzehnten der Tabuisierung seit einem Vierteljahrhundert wieder in den Mittelpunkt der Forschung gerückt sind und daß – mit Ausnahme von K. D. Erdmann²⁸ – auch die Gegner Fischers das berühmte und damals politisch motivierte Wort des englischen Kriegspremiers Lloyd George nicht mehr im Munde führen: „Keiner der führenden Männer dieser Zeit hat den Krieg tatsächlich gewollt. Sie glitten gewissermaßen hinein, oder besser sie taumelten oder stolperten hinein, vielleicht aus Torheit“. Im Gegenteil: die Forschung ist Fischer gerade in der Inter-

pretation der Julikrise ein weites Stück darin gefolgt, daß sie jetzt allgemein die aktive und bewußte Bereitschaft der Reichsleitung damals zur Übernahme des Kriegsrisikos und zwar nicht nur – wie Fischer meint – zur Übernahme des Risikos eines Kontinentalkrieges mit Frankreich und Rußland, sondern weit darüber hinaus sogar – wie Zechlin und Erdmann behaupten – des Risikos eines Weltkrieges mit Frankreich, Rußland und England akzeptiert. „Auf Grund dieser Konsequenz und Zielstrebigkeit im Handeln“, so interpretierte E. Zechlin Ende der sechziger Jahre das deutsche Drängen gegenüber Wien und die fortgesetzte Boykottierung aller Vermittlungsbemühungen durch Berlin im Juli 1914, „fällt Deutschland gewiß der größte Anteil an der Auslösung des Krieges zu – ein Kriterium der historischen Verantwortlichkeit aber nicht der moralischen Schuld“.²⁹ Leider hat sich Zechlin zehn Jahre später in einer wesentlich erweiterten Fassung dieses „Nachwortes“ zur Julikrise von 1914³⁰ offenbar nicht mehr zu dieser eindeutigen Feststellung durchringen können und auf einen Neuabdruck dieses Satzes verzichtet! Erdmann hält es immerhin für notwendig, in der neu bearbeiteten 9. Auflage des Gebhardt'schen „Handbuch der Geschichte“ Bd. IV gegenüber der 8. Auflage von 1959 eine gewisse Akzentverschiebung vorzunehmen: zwar betont er weiterhin, keiner der verantwortlichen Staatsmänner habe „eigentlich den Weltkrieg“ gewollt, und verteilt damit letztlich gleichmäßig Schuld resp. Unschuld, um dann aber etwas gewunden „im Unterschied zu früheren Auffassungen“ als „Zwischenergebnis“ festzustellen, „daß die politisch-militärische Führung des Reiches weniger reaktiv als vielmehr initiativ in dem Wirkungszusammenhang gehandelt hat, der zum Weltkrieg führte. Ein tiefgreifender Dissens besteht über Motivation und Zielsetzung“.³¹ In seinem Forschungsbericht auf dem Internationalen Historikertag 1965 geht Erdmann noch einen Schritt weiter, wenn er in Übereinstimmung mit Zechlin hervorhebt, Bethmann Hollweg habe bereits mit dem sogenannten Blankoscheck an Österreich – Ungarn vom 6. Juli 1914 im Wissen darum, daß England nicht neutral bleiben werde, „bewußt das Risiko auf sich genommen, daß sich aus einer Aktion Österreich – Ungarns gegen Serbien ein Weltkrieg entwickeln könnte. Die Aktion war für ihn ein „Sprung ins Dunkle““.³²

Die These von der bewußten Übernahme des Kriegsrisikos durch die deutsche Reichsleitung im Juli 1914 hat dann A. Hillgruber unter Auswertung der zeitgenössischen Schriften Kurt Riezlers weiterentwickelt zur Theorie vom „kalkulierten Risiko“.³³ Danach sei die Politik Berlins in der Julikrise „aus einem – zunächst als Hypothese anzusehenden – Zusammenhang mit der politischen Theorie des Vertrauten des Kanzlers, Riezler, besonders seiner Konzeption eines kalkulierten Risikos zur Durchsetzung begrenzter machtpolitischer Veränderungen unter Ausnutzung von internationalen Krisensituationen zu begreifen“.³⁴ Gemäß der „Bluff-Konzeption“ habe Bethmann Hollweg in Anschluß an die Überlegungen Riezlers, mit dem er stets bei der Entwicklung seines Kalküls in engem Kontakt gestanden habe, genau kalkulieren müssen, „bis zu welcher Steigerungsstufe die Krise hochgetrieben werden durfte“,³⁵ bevor es zum großen

Krieg zu kommen drohte. Der „diplomatisch-politische Manövrierraum der Reichsleitung“ bei diesem äußerst riskanten Bluff-Spiel mit dem „kalkulierten Risiko“ war aber nach Hillgruber „nicht nur... von nationalistischen Strömungen und expansionistischen Kräften im eigenen Lande (wie auch bei den Gegenspielern, vor allem Rußland) bedroht, die die Regierung über das gesteckte Ziel hinaus fortreißen konnten, sondern – entscheidend – durch die der politischen Konzeption Bethmanns diametral entgegenstehende Operationsplanung des Generalstabes für den Fall eines Krieges in Europa in gefährlicher Weise eingeschränkt“.³⁶ Die Ende Juli anlaufenden militärischen Vorbereitungen zur Durchführung des Schlieffen-Planes hätten außenpolitisch durch den geplanten Überfall auf Belgien entgegen den Intentionen der Reichsleitung die Front der Entente-Mächte gerade fester zusammengefügt, statt sie zu lockern, und innenpolitisch in einem von der monarchischen Spitze nicht integrierten verhängnisvollen Nebeneinander von politischem und militärischem Bereich das Übergewicht der Militärs und ihrer militärstrategischen Planungen unter dem Eindruck dann auch der russischen Mobilmachung so gesteigert, daß am Ende die zivile Reichsleitung ab 29. Juli keinen Manövrierspielraum mehr für diplomatische Druck- und Bluffaktionen gehabt habe. „Unter diesen Vorbedingungen im militärischen Bereich, die Bethmann als gegeben hinnahm, zumal ihm zu ihrer Abänderung jede Möglichkeit fehlte“, resümiert Hillgruber, „waren die Chancen für den Erfolg einer Risiko-Politik äußerst gering, da die allein sinnvolle Lösung, diplomatische Aktion und militärischen Druck miteinander zu koppeln und dabei das militärische Instrument in der Hand der politischen Führung als Droh- und Druckmittel zur Durchsetzung der angestrebten begrenzten politischen Ziele an der zweckmäßigsten Stelle einzusetzen, nicht gangbar war. Das Risiko war nicht eingegrenzt, ließ sich auch nicht stufenweise erhöhen oder wieder abbauen, sondern war zumindest hinsichtlich der Ausweitung des Konflikts auf alle europäischen Großmächte, wahrscheinlich aber auch hinsichtlich der Intensität der künftigen Kriegführung von vornherein unbegrenzt“.³⁷ Abschließend stellt auch Hillgruber „die Mitverantwortung der deutschen Reichsleitung für den Ausbruch des großen Krieges“ klar heraus.³⁸

Ganz abgesehen einmal von der grundsätzlichen Frage, wie weit sich nicht auch Hillgruber ähnlich wie Erdmann interpretatorisch auf einen Irrweg begibt, wenn er das Kalkül des Reichskanzlers in der Julikrise so eng aus dem Raisonement und dem Blickwinkel seines „jungen Mannes“ Kurt Riezler rekonstruiert, liegt der künstliche Charakter dieser ganzen Rekonstruktion ebenso auf der Hand wie das in der Geschichtsforschung längst bekannte Bemühen, den Reichskanzler am Ende von einem erheblichen Teil seiner Verantwortung am Kriegsausbruch zu entlasten und diese entweder nach innen der verfehlten Verfassungsstruktur des Bismarckreiches und den Militärs oder nach außen Österreich – Ungarn oder dem zu früh mobilisierenden Rußland zuzuweisen. Unterstellen wir einmal Bethmann Hollweg, er habe in der Julikrise mit politisch-diplomatischen und militärischen Drohgebärden und Druckansatz so hoch gepokert, um am Ende doch den großen Krieg abzuwenden und dabei den internationa-

len Bewegungsspielraum des Reiches durch eine Sprengung der Entente wieder zu erweitern, so liegt, um mit Hillgruber zu sprechen, „das Fragwürdige“ dieses ganzen Kalküls auf der Hand. Es wäre von Anfang an viel eher angebracht, von einem unkalkulierbaren, weil von der Reichskanzlei aus nicht voll steuerbaren als von einem „kalkulierten Risiko“ zu sprechen. Von Bethmann Hollweg anzunehmen, er habe dies nicht oder erst zu spät erkannt, hieße doch wohl, die Intelligenz dieses Mannes zu unterschätzen.

Auch Zechlin steht dieser ganzen Konstruktion Hillgrubers sehr skeptisch gegenüber und betont, bereits eine Eintragung Riezlers vom 11. Juli 1914 sei als das nüchterne Eingeständnis zu deuten, „daß eine rationale Steuerung des Ablaufs der Krise mit einer Politik des ‚kalkulierten Risikos‘ offenbar überhaupt nicht mehr möglich war“.³⁹

Immerhin wird man in einem Zwischenresümee sagen können, daß sich die Kritiker, vor allem Zechlin und Hillgruber und mehr zögernd Erdmann, der ursprünglichen Position Fischers inzwischen dahingehend angenähert haben, als sich bei ihnen die Politik der Reichsleitung in der Julikrise 1914 einen stark aktivistischen, kriegsbereiten und bewußt risikofreudigen Grundzug angenommen hat und die relativ große Mitverantwortung Bethmann Hollwegs an der Verursachung des Krieges nicht mehr geleugnet wird. Allerdings hat Fischer seit Mitte der sechziger Jahre bis hin zu seiner „Streitschrift“ 1983 seine ursprüngliche Beurteilung der deutschen Politik wesentlich verschärft und sich damit seinerseits von seinen Widersachern wieder entfernt. Im „Griff nach der Weltmacht“ schreibt er von der ersten Auflage 1961 bis zur vierten 1971 über den deutschen Kriegswillen und die Risikobereitschaft zum großen Krieg u.a.: „Sie (d.h. die Reichsleitung, Wdt.) hoffte, den Krieg lokalisieren zu können, war sich aber ebenso der Möglichkeit einer allgemeinen europäischen Konflagration bewußt, wobei sie dieses Risiko aus der Vorstellung von dem günstigen Augenblick, der militärischen Rüstung und der politischen Konstellation auf sich nahm“.⁴⁰ Dieser These von der bewußten Annahme des Kriegsrisikos könnten Zechlin, Erdmann und Hillgruber sicher folgen, mit der wichtigen über Fischer hinausgehenden Modifikation freilich, daß sogar das Risiko eines Krieges mit d r e i Weltmächten, Rußland, Frankreich und England, bewußt übernommen wurde.

Auf Grund der Mitteilungen Erdmanns aus dem Riezler-Tagebuch (Eintragung vom 8. Juli 1914) und der inzwischen von Moritz Schlesinger übermittelten Eindrücke über die angeblich noch viel stärker belastende „Originalversion“ des Tagebuches hat Fischer dann dem Kalkül Nr. 1 (Wille zum großen Krieg) den Vorzug vor Kalkül Nr. 2 (Sprengung der Entente durch die Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konfliktes und durch diplomatisches Vorgehen) gegeben und diese entscheidende Akzentverschiebung in seinem zweiten großen Werk „Krieg der Illusionen“ ausführlich aus der deutschen Vorkriegspolitik seit 1911 heraus begründet. Bereits 1965 erscheint bei Fischer unter der plakativen thesenartigen Zuspitzung „Die Julikrise: Technik der Kriegsauslösung“⁴¹ die Julikrise nur noch „als der technische Ablauf einer diplomatischen Aktion

zur Herstellung einer günstigen außenpolitischen Mächtekonstellation für einen kontinentalen Krieg, von dessen Notwendigkeit die deutschen Führungskreise überzeugt waren und für den das Volk vorbereitet war“. „Deutschland benutzte Sarajewo bewußt als die sich bietende Gelegenheit, um die Blockierung der deutschen Weltpolitik zu überwinden“.⁴²

Spätestens an diesem Punkt trennen sich aber bis heute die Wege von Fischer und seinen Widersachern. Der tiefgreifende Dissens liegt einmal in der Frage, ob das Kalkül der deutschen Reichsleitung in der Julikrise wirklich, wie Fischer meint, so alternativlos und geradlinig zum Krieg hinführend gewesen ist oder ob nicht auch bis zuletzt noch in Berlin die geheime Hoffnung auf eine Lokalisierung des Krieges und einen diplomatischen Sieg über die Entente, d.h. auf ihre Sprengung mit Hilfe einer scharfen Druckpolitik bestanden hat, und zum anderen vor allem, wie Erdmann mit Recht betont, in der Beurteilung von „Motivation und Zielsetzung“ des deutschen Handelns.

Dieser Dissens, der, wie gesagt, bis heute nicht überbrückt werden konnte, zeigt eine vierfache historisch-methodische Dimension: Zum einen wurzelt er in der Frage, ob die allseits inzwischen anerkannte deutsche Bereitschaft zur Übernahme des Risikos eines großen oder gar eines Weltkrieges mehr in der defensiven Absicht einer Machterhaltung und -sicherung (Zechlin, Erdmann, Hillgruber) oder in der einer offensiven Machterweiterung (Fischer) wurzelte (möglicherweise liegt hier aber auch nur, worüber unten noch zu sprechen sein wird, in der Gegenüberstellung von „offensiv“ und „defensiv“ eine Scheinalternative vor!); dies führt zweitens auf das Problem, wie weit sich die deutsche Risikobereitschaft (Zechlin, Erdmann, Hillgruber) oder gar Kriegsentschlossenheit im Juli 1914 (Fischer) in die deutsche Vorkriegspolitik und hier in den Kontext der Wilhelminischen Weltpolitik und ihrer imperialistischen Ansprüche zurückverfolgen läßt; damit verbindet sich drittens die Kontroverse, inwieweit die deutschen Kriegsziele im Kriege bereits in der Tradition und in der Konsequenz der imperialistischen Ambitionen des Deutschen Reiches seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert lagen und damit ursächlich einen zentralen Erklärungsansatz für die aktive Risiko- oder gar Kriegspolitik der deutschen Reichsleitung in der Julikrise bieten (Fischer) oder inwieweit sie nicht erst ein Produkt des Kriegausbruches und hier insbesondere des Kriegseintritts Englands darstellten und dementsprechend für die Erklärung der deutschen Haltung im Juli nicht kausal herangezogen werden dürfen (Zechlin, Hillgruber, Erdmann); dies verweist uns schließlich viertens auf einen tieferschichtigen methodisch-theoretischen Gegensatz: Wenngleich vor allem auch Zechlin und Hillgruber immer wieder den vergleichsweise engen politischen Handlungsspielraum Bethmann Hollwegs innerhalb der Machtstruktur des Wilhelminischen Deutschlands betonen, haben sie doch die innenpolitischen Grenzen und Determinanten für die Politik der Reichsleitung niemals wirklich konkret und in ihrer politisch-ökonomisch-gesellschaftlich-militärischen Komplexität und Akzentuierung ausgelotet und dargestellt und ihre Aufmerksamkeit vielmehr stattdessen immer wieder dem für sie zentralen Entscheidungshandeln des Reichskanzlers

zugewandt. Demgegenüber spricht zwar auch Fischer – übrigens in scharfer Frontstellung zum tradierten Bild vom entscheidungsschwachen, tief pessimistischen und schwerblütigen „Philosophen von Hohenfinow“, von dem sich offenbar auch Erdmann noch nicht trennen mag – Bethmann Hollweg eine wichtige Rolle in den Entscheidungsprozessen der letzten Vorkriegswochen und einen ausgesprochenen Aktivismus der Tat zu; sein eigentlicher Untersuchungsansatz ist aber nicht die Kriegszielpolitik Bethmann Hollwegs und sind auch nicht primär die geheimen Gedankengänge und die psychischen Dispositionen dieses Mannes, sondern sind die Friedens- und Kriegsziele des Wilhelminischen Deutschlands im Rahmen deutscher Weltpolitik seit den 90er Jahren und unter dem Aspekt ihres kontinuierlichen Zusammenhanges bis 1918, freilich sorgfältig ausdifferenziert nach ihren unterschiedlichen Trägern innerhalb der wilhelminischen Gesellschaft (Industrie, Großlandwirtschaft, Banken, Handel, politische Agitationsgruppen, Wirtschaftsverbände etc.), nach ihren räumlichen Schwerpunkten (Mitteleuropa, Südosteuropa, Rußland, Vorderer Orient, Mittelafrrika, Ferner Osten, Südamerika etc) sowie nach den Formen Mitteln der Einflußnahme und Herrschaftssicherung (direkte oder indirekte Beherrschung, wirtschaftliche, politische oder militärische Machtausübung etc.). Übrigens wehrt sich Fischer mit Recht in seiner „Streitschrift“⁴³ gegen die Unterstellung seiner Kritiker, er habe den Begriff Welt- oder Weltmachtspolitik und die Kriegszielpolitik lediglich reduziert auf angestrebte oder verwirklichte direkte „Eroberungen“, während sich seine Forschungen doch gerade auf die vielfältigen Formen eines modernen Imperialismus indirekter Herrschaft und Abhängigkeit richten. Aus diesem Blickwinkel einer breit gefächerten imperialistischen Erwartungshaltung und Wunschliste im damaligen kaiserlichen Deutschland (und keinswegs nur dort!) und einer in diesen Vorkriegsströmungen wurzelnden Kriegszielbewegung dann ab Anfang August 1914 stellt sich für Fischer das Problem Bethmann Hollweg auch und vor allem in der Julikrise anders als für seine Kritiker: wie weit war der Kanzler bereit und auch in der Lage, sich zum Sprecher eines vielfältig differenzierten gesellschaftlich-ökonomischen und politisch-militärischen Erwartungsdruckes zu machen, wie weit hat er Forderungen etwa moderner liberalimperialistischer Provenienz und Färbung, mit denen er sich identifizieren konnte, in seine Entscheidungen als konstitutiv mit einbezogen, andere wie etwa uferlose alldeutsche Annexionswünsche blockiert oder blockieren können, und welche Bedeutung hat überhaupt das konkret in unterschiedlichsten Formen vermittelte und artikulierte „Selbstverständnis der Nation“ (Fischer) für das „decision making“ in der Reichskanzlei und in der Wilhelmstraße gehabt?

Kehren wir zu unserer zentralen Frage nach „Motivation und Zielsetzung“ in der Julikrise zurück, so ist unter den Kritikern Fischers eine deutliche Tendenz zur Entlastung der deutschen Reichsleitung festzustellen. Ist es schon nicht mehr möglich, die Risikobereitschaft und sogar den Willen zur kriegerischen Auseinandersetzung seitens des Reichskanzlers im Juli 1914 in Abrede zu stellen, so bietet sich von der Motivation

her mit der Einführung des Begriffspaares „Präventivkrieg“ und „defensiv“ bei Zechlin, Hillgruber und Erdmann eine die deutsche Politik moralisch entlastende Argumentation an. Der Juli 1914 – bei Fischer lediglich als Zwischenstufe eines spätestens seit 1912 bewußt geplanten und offensiven Durchbruches Deutschlands zur europäischen Hegemonialstellung und von dieser Basis aus dann zur vierten Weltmacht ebenbürtig neben den USA, England und Rußland – gewinnt bei Zechlin eine ausgesprochen defensive Färbung nationaler Selbstbehauptung. Das Ziel war es, dem letztlich als unabwendbar angesehenen Konflikt mit einem immer übermächtigeren Rußland zuvorzukommen, den Ring der „Einkreisung“ durch die Entente zu sprengen, die Tripleentente auseinanderzudividieren, Österreich-Ungarn als befreundete Großmacht zu erhalten und für Deutschland noch rechtzeitig, bevor es angesichts der „russischen Dampfwalze“ und der vor ihrem Abschluß stehenden englisch-russischen Allianz zu spät sein würde, die Gleichberechtigung und politische Bewegungsfreiheit unter den Großmächten durch eine politische Offensive bei vollem Einsatz des Kriegsrisikos zurückzugewinnen. „Man überschritt die Schwelle zum Weltkrieg (d. h. auch gegen England, Wdt) im Zuge einer politischen Offensive, die auch den Einsatz des militärischen Machtinstrumentes in der Kalkulation hatte, um in einem noch 'am wenigsten ungünstigen' Augenblick einer als lebensgefährlich empfundenen Entwicklung der Gesamtsituation zu begegnen“⁴⁴. Bethmann Hollweg ist in der Julikrise dieses Kriegsrisiko „voll verantwortlich, aktiv und bewußt eingegangen“⁴⁵; er habe aber nur mit einem begrenzten und kurzen Kabinettskrieg gerechnet; England und die Koalition hätten jedoch das deutsche Vorgehen als Kampf um die Hegemonie verstanden und „aus wohlwollenen Gründen“ auf einen Hegemonialkrieg geantwortet. „Der Wille, gegenüber den modernen Weltmächten eine Macht ersten Ranges zu bleiben und die politische Bewegungsfreiheit zu behaupten, war der Hauptantrieb der deutschen Politik in der Julikrise“⁴⁶.

Nach Zechlin findet sich nirgendwo ein Beweis für die Behauptung Fischers, „daß hier (d. h. in der Julikrise, Wdt) mit kriegerischer Gewalt Projekte der politischen, wirtschaftlichen und territorialen Expansion verwirklicht werden sollten und an Stelle eines Gleichgewichtes im Staatensystem die Idee einer deutschen Hegemonie in Europa Motiv und Ziel der deutschen Politik in der Julikrise gewesen seien“⁴⁷. Vielmehr habe Deutschland angesichts des schnellen russischen Wachstums und der strategischen Gesamtlage in Europa „den Zustand endgültiger militärischer Unterlegenheit“ und – angesichts seiner Mittellage – eine Erpreßbarkeit gegenüber dem Druck der Nachbarmächte befürchten müssen. Aus dieser, auf weitere Sicht verzweifelten Lage heraus sei dann in Anknüpfung an Überlegungen bereits des älteren Moltke bei der Reichsleitung und im Generalstab der Gedanke an einen defensiven Präventivkrieg entwickelt worden, zu dem sich im übrigen Bethmann Hollweg selbst nach dem Kriege bekannt habe.

Zechlin und Hillgruber sehen durchaus die semantische und heuristische Problematik eines mit dem Begriff „Präventivkrieg“ operierenden

Erklärungsansatzes für die Julikrise. Es ist nach Zechlin „schwierig, den Anteil bzw. das Eindringen des Präventivkrieggedankens in der deutschen Politik der Julikrise abzuschätzen, wie ja überhaupt dieser Begriff einer mehrfachen Interpretation zugänglich ist und jeweils unter den Zeitumständen zu beurteilen ist. Übereinstimmend ist das der ‚Prävention‘ zugrundeliegende defensive Motiv, noch rechtzeitig einer Gefahr zu begegnen, bevor es dazu zu spät sein könnte. Dies braucht keineswegs ein Krieg zu sein“⁴⁸.

Zechlin unterscheidet zwischen einem „Präventivkriegsdenken, das auf eine potentielle Gefahrensituation gerichtet ist, und einem im engeren Sinne als Reaktion auf eine unmittelbare Bedrohung durch einen militärischen Aufmarsch“. Für beide Interpretation, die weitere und die engere, glaubt er in der Julikrise den Anwendungsfall gegeben: Der Erste Weltkrieg sei im weiteren Sinne ein Präventivkrieg gewesen, als spätestens 1917 ein Krieg mit einem dann noch stärkeren und nahezu übermächtigen Rußland bevorgestanden habe, in dem Deutschland unter erheblich ungünstigeren Umständen zu unterliegen drohte, und im engeren Sinne insofern, als die deutsche Kriegsbereitschaft eine unmittelbare Antwort auf den russischen Aufmarsch ab Ende Juli dargestellt habe. Im Vergleich zu dieser recht künstlichen und in ihrer Tendenz apologetischen Konstruktion Zechlins spricht Hillgruber – mit polemischer Spitze gegen Fischer – eindeutig von einer „für die Geschichte des Deutschen Reiches folgenschweren Transformation des traditionellen Präventivkriegsdenkens eng militärischer Prägung. Ein ‚Präventivkrieg‘ sollte – darin lag die Quintessenz der modernen Präventivkriegskonzeptionen – eine für die Machtstellung des Reiches unerwünschte und langfristig als bedrohlich (für die volle Bewegungsfreiheit als Großmacht) betrachtete allgemeine Entwicklung für eine mehr oder weniger lange Zeit unterbrechen und nach Möglichkeit in eine andere Richtung drängen“⁴⁹.

Offenbar in völliger Verkennung der Tatsache, daß diese „Ausprägung eines spezifisch deutschen ‚Präventivkriegs‘ – Denkens“ unter „Umformung der gleichsam ‚klassischen‘ eng militärisch begrenzten Präventivkriegsauffassung“⁵⁰, in ihrer realpolitischen und völkerrechtlichen Konsequenz zu Ende gedacht, jeder Aggression Tor und Tür geöffnet hätte und auch heute öffnen und in das internationale Mächtelkonzert de facto das Faustrecht des Stärkeren einführen und diesem auch noch den Schein völkerrechtlicher Legitimation geben würde, macht Hillgruber Fischer zum Vorwurf, sich geweigert zu haben, diese „Transformation des Präventivkriegsdenkens in Deutschland“ zum Maßstab der Beurteilung deutscher Außenpolitik in der Julikrise zu machen, und stattdessen „von dem gleichsam ‚klassischen‘, aber in dieser Epoche überholten eng militärischen Begriff“ ausgegangen zu sein⁵¹. Hier wird beklemmend deutlich, wohin die in ihrem Kern sicher gerade heute beherzigenswerte, in der Ranketradition wurzelnde methodische Forderung führen kann, jedes geschichtliche Ereignis vor dem Zeithorizont seines eigenen Wertekanons zu begreifen und zu beurteilen, wenn man diesen Wertmaßstab und die Beurteilungskriterien nicht kritisch auf ihre Anwendbarkeit, ihre Allgemeinverbind-

lichkeit oder ihre je partikulare Interessengebundenheit und auf ihre humane Grundsubstanz hin überprüft, sondern ganz naiv für verbindlich, weil politisch-historisch durch das Handeln einer Großmacht legitimiert setzt. Auch Erdmann operiert im Anschluß an Zechlin recht unkritisch mit dem Begriff „Präventivkrieg“⁵². Außerdem kommt er auf Grund seiner Auslegung des Riezler-Tagebuches „Mit Sicherheit“ zu der Feststellung, „daß Bethmann Hollweg es nicht auf einen Krieg anlegte“, andererseits aber auf ihm „die fatalistische Vorstellung von der schließlichen Unvermeidlichkeit des Krieges lastete“⁵³.

Zechlin scheinen im Verlauf seiner Forschungen selbst Zweifel an zwei seiner zentralen Thesen, an der vom begrenzten Kabinettskrieg, mit dem Bethmann Hollweg angeblich nur gerechnet habe, sowie an der vom defensiven Krieg der Selbstbehauptung, gekommen zu sein, die immerhin andeuten, wie problematisch diese Erklärungsansätze für das deutsche Verhalten in der Julikrise sind. Zum einen weist er darauf hin, „eine durchgehende Überzeugung der militärischen Fachliteratur vor 1914“ und, wird man hinzufügen müssen, nicht nur dieser sei es gewesen, daß „jeder Krieg im 20. Jahrhundert... ein Volkskrieg sein (würde), ein ‚blutiger Zusammenstoß der Völker‘, in dem der Volksstimmung eine bisher unbekannte Bedeutung zukam. Dies war auch vor 1914 dem Generalstab voll bewußt“⁵⁴. Sollte diese Feststellung zutreffen, so läßt sie die These vom „defensiven praeventire“ und vom „kalkulierten Risiko“ noch problematischer erscheinen.

Zum anderen gewinnen bei Zechlin selbst Begriffe wie „Selbstbehauptung“, „defensiv“, „Sicherungen und Garantien“, „freiere Bewegung“, „Handlungsspielraum“, „Gleichberechtigung“, „Machterhaltung und Machtausgleich“ oder „Sicherheit“, mit denen Fischers Kritiker der deutschen Zielsetzung in der Julikrise den verharmlosenden Anstrich einer reinen Verteidigungs- und Abwehrhaltung zu geben versuchen, als Kategorien des internationalen Mächtesystems eine ausgesprochen ambivalent-schillernde und auslegungsfähige Einfärbung. Zechlin läßt mit Recht keinen Zweifel daran, daß Bethmann Hollwegs Kriegszielpolitik „auf eine Umgruppierung in der Staatenwelt gerichtet (war) und auf eine Neuordnung der Machtverhältnisse, die der deutschen Politik wieder eine freiere Bewegung ermöglichte, wie sie sie vor der Bildung der französisch-russischen Militärallianz, der entente cordiale und der englisch-russischen Verständigung gehabt hatte“⁵⁵. Vor allem aber sind „Sicherheit“ und „Selbstbehauptung“ nach Zechlin „relative Begriffe“ und unterliegt auch „ein politisches oder strategisches Gleichgewicht der Dynamik des rebus sic stantibus“. „Dazu kommt die Taktik, schon um den Eindruck der Schwäche zu vermeiden, mit einer Position der Stärke zu operieren, was wiederum das Sicherheitsbedürfnis der Gegenseite mobilisiert“⁵⁶.

Auch spricht nach Zechlin „manches dafür, daß schon die Selbstbehauptung Deutschlands, wie sie Bethmann Hollweg erstrebte – sei es auf der Basis des Status quo oder eines nach dem ‚do ut des‘ ausgehandelten Friedens – in gewisser Weise eine faktische Hegemonialstellung begründet hätte, solange der Großmachtbegriff die Kontrolle durch eine internationale Organisation ausschloß“⁵⁷. Wenn Zechlin kurz und bündig erklärt,

„der Wille, gegenüber den modernen Weltmächten eine Macht ersten Ranges zu bleiben und die politische Bewegungsfreiheit zu behaupten“, sei „der Hauptantrieb der deutschen Politik in der Julikrise“ gewesen⁵⁸, so würde ihn ein Versuch, diesen Begriff der „Macht ersten Ranges“ konkret in seinen räumlichen und machtpolitischen Zielsetzungen und Dimensionen auszufüllen, ganz in die Nähe des Fischerschen „Griff nach der Weltmacht“ rücken. Denn mit ihm war im Grunde nichts anderes als das Ziel gemeint, neben den „modernen Weltmächten“ Großbritannien, USA und Rußland in den Rang einer „vierten Weltmacht“ einzurücken,

Der logische nächste Schritt dieser treffenden Aussagen wäre es, sie ganz nüchtern und jenseits einer moralisierenden Anklage von der Kriegszielpolitik her bereits auf das deutsche Kalkül in der Julikrise zurückzuprojizieren, das damit eben jenen aktivistischen und für die benachbarten Mächte durchaus bedrohlichen und das internationale Mächtesystem destabilisierenden Charakter bekäme, den Fischer stets hervorgehoben, seine Kritiker jedoch verharmlost oder schlichtweg verneint haben. Wenn man endlich davon abläßt, Fischer die Behauptung zu unterstellen, Bethmann Hollweg sei in den Krieg allein mit hegemonialen Eroberungszielen gegangen, so läßt sich an diesem Punkt durchaus eine Brücke zumindest zwischen Fischer und Zechlin schlagen.

Auch ist Zechlin recht zu geben, wenn er die Julikrise viel stärker als Fischer wieder mehr aus ihren innenpolitischen Bezügen, unter denen sie lange zu ausschließlich gesehen worden ist, löst und unter dem zentralen Aspekt des deutschen Sicherheitsdilemmas als „ein Beispiel für die außenpolitische Seite der Geschichte, d. h. die Machtkämpfe in der Staatenwelt“ interpretiert⁵⁹. Freilich würde Fischer nicht so weit wie Zechlin gehen und behaupten, daß der Krieg eher aus der „äußeren Machtstruktur“ der internationalen Beziehungen und Auseinandersetzungen in der Staatenwelt zu erklären ist⁶⁰.

Kontrovers ist auch bis heute die Diskussion darüber, wie weit sich die deutsche Bereitschaft zur Übernahme des Kriegsrisikos in die Vorkriegszeit zurückverfolgen läßt. Während Fischers Kritiker die eigentliche Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges nach wie vor in traditioneller Art mit dem Mord in Sarajewo am 28. Juni 1914 einsetzen lassen, hat Fischer in seinen Buch „Krieg der Illusionen“ die Entscheidung zur Übernahme des Kriegsrisikos und den Beginn der entsprechenden innen- und außenpolitischen Vorbereitungen (Ausgleich mit England und innere Mobilisierung der Nation) viel weiter in die Vorkriegsjahre zurückverlagert und zwar auf den Herbst 1912 und hier konkret auf den von ihm als Schlüsselereignis sehr hoch bewerteten sogenannten „Kriegsrat“ vom 8. Dezember 1912. Hier sind ihm der Schweizer Historiker A. Gasser⁶¹, der Engländer J. C. G. Röhl⁶² und Fischers Schüler B. Schulte⁶² gefolgt, während u. a. Zechlin⁶⁴ und W. J. Mommsen⁶⁵ ausdrücklich Widerspruch angemeldet haben. Fischer hebt hervor, nach dem sich der Kaiser und Moltke auf dem „Kriegsrat“, an dem der Reichskanzler nicht teilnahm, für einen baldigen Krieg ausgesprochen hätten, habe sich auch Bethmann Hollweg nach entsprechender Information darauf eingestellt und „dem Kaiser gegenüber

nunmehr auch eine energische, zum Krieg entschlossene Politik“ vertreten⁶⁶. Auch habe er offensichtlich jetzt beim Kaiser darauf gedrängt, „die für einen großen Krieg notwendigen Vorbereitungen zu treffen“; gleichzeitig habe er „auf die Notwendigkeit der psychologischen Vorbereitung der Nation auf den großen Krieg“ hingewiesen und den Kaiser davon zu überzeugen versucht, daß der kontinentale Krieg von Deutschland nur geführt werden könne, „wenn England neutral bliebe...“⁶⁷. „Bethmann Hollweg übernahm jetzt die Aufgabe, im Reichstag eine große Heeresvorlage durchzubringen, die Nation psychologisch auf den Krieg vorzubereiten, die Bündnispolitik des Deutschen Reiches zu aktivieren und vor allem eine günstige Ausgangslage für den Krieg zu schaffen durch Lockerung der Stellung Englands innerhalb der Entente, wodurch er England zumindestens in der entscheidenden Anfangsphase des Krieges neutral zu halten hoffte“⁶⁸. Noch wesentlich enger und geradliniger sieht Röhl den Zusammenhang zwischen „Kriegsrat“ und Kriegsausbruch 1914: „Nicht nur der Kaiser und seine Generäle, sondern auch die gesamte zivile Reichsleitung waren im Dezember 1912 an der Präparierung eines Zeitzünders beteiligt, dessen Laufzeit auf etwa anderthalb Jahre bemessen war, [...] Wir meinen... nachgewiesen zu haben, daß die Entscheidung zur Kriegsauslösung nach der Eröffnung des erweiterten Kaiser-Wilhelm-Kanals in dem ‚Kriegsrat‘ vom 8. Dezember 1912 gefallen ist...“⁶⁹. Etwas vorsichtiger äußert sich Schulte mit der Bemerkung, auch der Reichskanzler habe im Dezember 1912 „seine Umorientierung auf einen Krieg in absehbarer Frist vollzogen“. „Keinesfalls jedoch läßt sich die Haltung des Kanzlers als ausschließlich den Krieg ablehnend darlegen, sondern es offenbart sich vielmehr – im Gegensatz zur bisherigen Forschung – Bethmann Hollwegs hohe staatsmännische Befähigung in der Durchsetzung seiner Politik im Vorfeld eines als unmittelbar bevorstehend erkannten großen Krieges“⁷⁰.

Während Mommsen immerhin die Genesis eines neuen Heeresgesetzes 1913 in Verbindung mit dem „Kriegsrat“ bringt und auch die Möglichkeit konzidiert, daß in Hofkreisen damals die Neigung gewachsen sei, einen Präventivkrieg als Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten in Erwägung zu ziehen, weigern sich Erdmann⁷¹ und Zechlin, irgendeinen inneren und genetischen Zusammenhang zwischen „Kriegsrat“ und „Juli-krise“ herzustellen. Erdmann hält sogar die Bezeichnung der Besprechung vom 8. 12. 1912 als „Kriegsrat“ für irreführend, da der Kanzler nicht hinzugezogen worden sei. Auch gebe es keinerlei Hinweise, „daß Bethmann Hollweg von nun an auf einen Krieg hingearbeitet habe“. Auch Zechlin kommt in einer sehr eingehenden Auseinandersetzung mit Fischer, Röhl und Gasser, in der er ersterem die undifferenzierte Behauptung unterstellt, er habe in diesem „Kriegsrat“ „einen Ansatzpunkt für seine These von einem von Deutschland von langer Hand geplanten Angriffs- und Hegemonialkrieg“, ja sogar „für die Entfesselung eines Eroberungs- und Hegemonialkrieges“ zu finden geglaubt, zu dem Ergebnis, daß „dem ‚Kriegsrat‘ vom 8. Dezember 1912, so aufschlußreich er auch sein mag, ein eigentlicher Stellenwert kaum zuzumessen“ sei.

3. *Der Zusammenhang zwischen Wilhelminischer Vorkriegspolitik und Kriegszielen*

Die Ausweitung des Untersuchungszeitraumes auf die letzten Vorkriegsjahre seit 1911 führt uns auf einen weiteren kontroversen Punkt: auf die Bemühungen Fischers, die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg in ihrer Genesis aus den Weltmacht- und Hegemonialambitionen des Wilhelminischen Deutschlands seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zu erklären, sie also bereits weit in der Vorkriegszeit zu verankern und von hier aus eine Kontinuität zwischen Vorkriegsimperialismus, Julikrise und Kriegszielbewegung während des Krieges nachzuweisen. Ein solcher Nachweis würde zugleich die oben diskutierte Kriegsentschlossenheit der Reichsleitung in der Julikrise und deren nicht mehr bestrittene Bereitschaft zur Übernahme des Risikos eines großen oder gar Weltkrieges in einen sehr viel längerfristigen und komplexeren Begründungszusammenhang rücken, als es Fischers Widersacher wahrhaben wollen.

Während Fischer, das Ergebnis seiner Forschungen resümierend⁷², darauf besteht, daß es nicht angehe, „die Julikrise von den politischen und ökonomischen Zielsetzungen der Vorkriegszeit zu trennen, in deren Perspektive der Aufstieg Deutschlands von der Großmacht in Europa zur Weltmachtstellung auf Kosten Frankreichs und Rußlands und in Übersee Englands sich vollziehen sollte“, und daß sich in dieser Kontinuität „primär machtpolitische Zielsetzungen“ mit „gesellschaftspolitischen wie der Zurückdrängung der Sozialdemokratie bzw. ihrem Einbau in den militärisch monarchischen Staat“ verbunden hätten, bestreitet Zechlin – und hier folgen ihm die anderen Kritiker Fischers – mit gleicher Beharrlichkeit, daß Bethmann Hollweg bei der Übernahme des Kriegsrisikos „ein Programm konkreter Kriegsziele gehabt“ habe⁷³. Auch die direkte und berechtigte Aufforderung Fischers⁷⁴ an Zechlin, die Frage nach den Zielen oder Motiven der deutschen Reichsleitung in der Julikrise mit der nach der Kontinuität der deutschen Politik vor und im Kriege zu verbinden und Ausdrücke wie „Bewegungsfreiheit“ oder „Gleichgewicht“ als Handlungsmaximen deutscher Risikopolitik damals doch nun einmal zu präzisieren und dabei konkret auf der Grundlage zeitgenössischer Quellen aufzuweisen, „mit welchen Mitteln und Forderungen“ die deutsche Seite denn das europäische „Gleichgewicht“ glaubte aufrechterhalten oder wiederherstellen, die „potentielle Beschränkung“ der Bewegungsfreiheit aufheben und die „potentielle Existenzbedrohung“ des Reiches durch den Einkreisungsring der Entente für alle Zukunft aufbrechen zu können, vermag diesen nicht aus seiner Reserve zu locken: „Doch die Reichsleitung hatte eben keine fest umrissene Vorstellung oder gar einen durchdachten Plan hierfür, weil es nur ihr Ziel war, sich von dem wachsenden Druck einer Konstellation zu befreien, in der Deutschland in jeder größeren europäischen Krise dem Übergewicht einer Koalition ausgeliefert zu werden drohte“⁷⁵.

Dennoch wird man den Kritikern Fischers den Vorwurf nicht ersparen können, daß sie der Konsequenz ihrer Argumentation immer

wieder ausweichen und in einer letztendlich unpräzisen Begrifflichkeit verharren. Denn selbst wenn man einmal von der – inzwischen im Anschluß an Fischer allgemein akzeptierten-gemeinsamen Plattform ausgeht, daß die Reichsleitung in Berlin im Juli 1914 kriegsbereit war, sogar das Risiko eines Weltkrieges einkalkuliert und auf jeden Fall sehr hoch gepokert hat, so gebietet es einfach die historische Logik, aus den Quellen heraus zu rekonstruieren, wie denn nun die politische oder bündnispolitische Karte Europas konkret im Falle eines deutschen Erfolges oder eines von Deutschland diktierten Friedens ausgesehen hätte; dabei beinhaltet die These von der Übernahme eines Kriegsrisikos auch die mögliche Konsequenz eines militärischen und nicht nur politisch-diplomatischen Erfolges, und es erscheint schon aus Gründen der Logik völlig abwegig, der Reichsleitung zu unterstellen, sie habe im Juli keine konkreten Planungen für den Fall dieses Erfolges gehabt, sondern sei gleichsam ohne konkrete Ziele in das Kriegsrisiko hineingetappt.

Wenn man bei Zechlin, Hillgruber oder Erdmann fragt, wofür denn das ganze Kriegsrisiko und sogar die Bereitschaft eingegangen wurden, einen Krieg mit gleich drei Weltmächten auf sich zu nehmen, so ist viel von einer defensiv verstandenen (!) Auflockerung und Neugruppierung der internationalen Mächtekonstellation zugunsten Deutschlands, der Sprengung des Ringes der Einkreisungsmächte, einem Auseinanderdividieren der Tripleentente, einer Zurückgewinnung der eingeschränkten internationalen Bewegungsfreiheit, von der „defensiven Aufgabe der Machterhaltung und des Machtausgleiches“ (Zechlin), dem Willen zur Erhaltung des Großmachtstatus oder von „hochgespannten Erwartungen“ einer seit Jahren aufgeputzten deutschen Öffentlichkeit (Hillgruber) die Rede; auch wird davon gesprochen, daß sich „im Falle Deutschland-Rußland schon lange vor dem Krieg als Schlußfolgerung aus den erwähnten Prämissen (gemeint sind die sozialdarwinistischen Axiome, Wdt) die Auffassung vom unvermeidlichen Krieg zwischen ihnen, hypostasiert bis zu der auf beiden Seiten verbreiteten, sich gegenseitig hochtreibenden Vorstellung vom bevorstehenden ‚Endkampf‘ zwischen ‚Slawentum‘ und ‚Germanentum‘“, ergeben habe⁷⁶ und daß für die politische Führung des Reiches in den letzten Jahren vor 1914 wieder ganz die „Leitvorstellung vom unaufhaltsamen, das Reich erdrückenden Wachsen Rußlands“ und die „traumatische Vorstellung, daß die Zeit ‚gegen Deutschland arbeite‘“, im Vordergrund gestanden hätten⁷⁷. Schließlich sei es das Ziel im Sommer 1914 gewesen, „die sich in den letzten Vorkriegsjahren und besonders stark im Frühsommer 1914 immer mehr zuungunsten des Reiches verändernde europäische Konstellation (in der Perzeption der Reichsleitung), zu beseitigen und damit auch die ‚Russische Gefahr‘ zu bannen“. Fragt man dann aber nach möglichen konkreten und langfristigen politischen Schlußfolgerungen der Reichsleitung aus dieser offenbar schon seit vielen Jahren (!) perzipierten Gefahr für die deutsche Großmachtstellung und Sicherheit oder nach einer möglichen Korrelation zwischen dem vielfältigen imperialistischen Erwartungsdruck der Nation auf der einen und den politischen Entscheidungsprozessen in der Reichskanzlei auf der anderen Seite, so

wird diese Korrelation entweder ganz bestritten und ignoriert oder die Diskussion dieses zentralen Problems der Kontinuität bleibt wieder in der Polemik gegen Fischer stecken: „Von dem beabsichtigten Gewinn irgendwelcher territorialen, auf strategische Sicherungen oder ökonomische Einflußzonen gerichteten Ziele, um deretwillen die politische Reichsleitung in der Julikrise ihre aktive Politik getrieben hätte, hat sich in den Quellen aus den entscheidenden Julitagen 1914... nichts gefunden“⁷⁸; alle konkreten Kriegszielplanungen seien erst Produkt des Kriegsausbruches, nicht jedoch seine Ursache gewesen. Nach Zechlin stellte sich für den Kanzler und das Auswärtige Amt „das Kontinuitätsproblem“ nicht in der Vorbereitung eines „Expansions- und Hegemonialkrieges mit Eroberungen in Ost und West“ (was Fischer in dieser Schärfe und Eindeutigkeit auch niemals behauptet hat!), sondern mit dem „cauchemar des coalitions“, „jemem Alpdruck, der Bismarck seit der ‚Krieg-in-Sicht-Krise‘ von 1875 bis in seine letzten Tage beunruhigt hatte“⁷⁹.

Nun ließe sich gegen die obigen Argumente zugunsten der Fischerschen Position einwenden, hier werde lediglich eine historische Sachlogik im Zusammenhang mit dem Problem der Kontinuität zwischen Vorkriegszeit, Julikrise und Kriegszielbewegung konstruiert, nicht aber ein Kausalnexus zwingend aus den Quellen abgeleitet. Es wird also zu fragen sein, ob sich in den Quellen zwischen Vorkriegs- und Kriegszeit Klammern einer durchgehenden programmatischen Zielsetzung finden lassen, die zugleich die Funktion erfüllen, dem Kalkül der Reichsleitung in der Julikrise als „Zwischenglied“ den notwendigen Sinn zu geben und es zu begründen.

Damit bekommen die „Mitteleuropa-Pläne“ und das sogenannte „Septemberprogramm“ vom 9. 9. 1914 in der wissenschaftlichen Kontroverse einen entscheidenden Stellenwert, und auch hier zeichnet sich bisher keine Überbrückung der divergierenden Standpunkte ab.

Naturgemäß haben „Mitteleuropa“ und „Septemberprogramm“ bei Fischer als zentrale programmatische „Kontinuitätsklammern“ zwischen Vorkrieg und Krieg einen sehr hohen Stellenwert, während seine Kritiker – hier vor allem Zechlin – alles an Beweisen aufbieten, um im Interesse ihrer These von der Diskontinuität die Bedeutung dieser Pläne und Konzeptionen entweder herunterzuspielen oder sie zumindest als reines Mittel der Kriegführung vor allem gegen England ohne Verwurzelung in der Vorkriegszeit zu kennzeichnen.

Der Krieg wurde nach Fischer von der Reichsleitung unter Bethmann Hollweg langfristig vorbereitet und schließlich im Juli 1914 bewußt riskiert und ausgelöst nicht um direkter Eroberungen und Annexionen willen (eine Ausnahme bilden hier das Erzbecken von „Longwy-Briey“ und der „polnische Grenzstreifen“), wie sie etwa die Alldeutschen oder auch Gruppen der Schwerindustrie forderten, sondern unter der Zielsetzung eines modernen Imperialismus der indirekten Beherrschung, um die deutsche Hegemonie in Europa als Grundlage einer kraftvollen Weltmachtpolitik zu richten. Dies bedeutete, nehmen wir das „Septemberprogramm“ als konkrete Ausformulierung dieser Hegemonialziele im Falle eines deutschen

Sieges ernst, u. a. für *Frankreich* Ausschaltung als Großmacht auf lange Zeit und seine enge wirtschaftliche Anbindung an Deutschland; für *Belgien* den Status eines deutschen „Vasallenstaates“; für *Rußland* Abdrängung von der deutschen Reichsgrenze und Brechung seiner Herrschaft „über die nichtrussischen Vasallenvölker“, m. a. W. die Dekomposition des Zarenreiches und seine Reduktion auf seinen vorpetrinischen Kern durch eine Verbindung von aktiver Randstaatenpolitik und – im Kriege – Revolutionierung der nichtrussischen „Vasallenvölker“: Polen, Ukraine, Finnland, Kaukasus. Deutsche Hegemonie in Europa bedeutete wirtschaftsimperialistisch „die Gründung eines *mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes*... wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung“. Der wesentlich von Walther Rathenau ausgearbeitete und von dem ihm befreundeten Bethmann Hollweg übernommene Gedanke einer „wirtschaftlichen Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa“ sah einen um Deutschland und Österreich-Ungarn als Kern herum gruppierten und von der Mitte her hegemonisierten Kranz von mehr oder weniger abhängigen Staaten – Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Polen (!) und evtl. Italien, Schweden und Norwegen – vor und beinhaltete die Schaffung eines umfassenden kontinentalen Absatz- und Versorgungsmarktes mit einer Verlängerung über Südosteuropa in den Vordenen Orient und der Zuordnung „*Mittelfrikas*“, d. h. „eines zusammenhängenden mittelfrikanischen Kolonialreiches“ als eines überseeischen Ergänzungsraumes. Dieses mit der hier gebotenen Kürze nur grob skizzierte Programm modern liberal-imperialistischer Prägung war nach Fischer, wie ausgeführt, bereits lange vor 1914 in der Diskussion; und seine Verwirklichung stellte ein entscheidendes Antriebsmoment für die deutsche Politik in der Julikrise dar.

Hier erheben Erdmann, Hillgruber und Zechlin entschiedenen Einspruch. Erdmann diskutiert⁸⁰ den Mitteleuropagedanken im Zusammenhang mit dem von K. Riezler als eigentümlich für Deutschland herausgestellten „Dilemma zwischen kontinentalpolitischen Rücksichten und weltpolitischen Interessen“ und betont seine „verschiedenen Variationsformen“: zollpolitisches Präferenzsystem, Zoll- und Wirtschaftsunion, politische Beherrschung, hegemonial kriegerischer Akzent. Mit der Konzeption eines im internationalen Maßstab wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraumes sei Bethmann Hollweg zwar schon vor dem Kriege durch Rathenau konfrontiert worden, aber „erst in der veränderten Situation nach Ausbruch des Weltkrieges“ habe der Rathenause Mitteleuropagedanke „ernsthafte Bedeutung im Zusammenhang mit der Erörterung eines deutschen Kriegszielprogrammes“ erlangt. Erdmann stützt seine Behauptung auf die Beobachtung, daß in den Aufzeichnungen und Büchern K. Riezlers aus der Vorkriegszeit der Mitteleuropagedanke keine Rolle spielte, „im Kriege dagegen zu einem zentralen Thema“ werde.

In der Bewertung des Septemberprogrammes folgt er uneingeschränkt Zechlin, der dieses Programm mit deutlicher Frontstellung gegen Fischer mit zu einem zentralen Gegenstand seiner Forschungen gemacht hat⁸¹.

Durch eine sehr subtile inhaltliche Analyse sowohl dieses Dokumentes selbst als auch seiner begleitenden Schriftstücke glaubt er im Gegensatz zu Fischer nachweisen zu können, daß es einmal der inneren konzeptionellen Konsistenz überhaupt entbehrt habe und deshalb auf keinen Fall zu einem geschlossenen und richtungsweisenden Kriegszielprogramm des Reichskanzlers hochstilisiert werden dürfte und daß es zum anderen ein reines „Kampfmittel“ für den weiteren Kampf gegen England mit einem deutlichen Ad-Hoc-Charakter ohne eine weitläufige Verwurzelung in der deutschen Weltpolitik der Vorkriegszeit darstelle. Er hebt den „vorläufigen und politisch noch unverbindlichen Charakter“ der Denkschrift „als einer schnell entworfenen Materialsammlung für einen möglichen Präliminarfrieden mit Frankreich“ hervor⁸²; diese „vorläufige Aufzeichnung“, die Bethmann Hollweg habe „anfertigen lassen“, habe für ihn „keineswegs die endgültige Friedensordnung Europas“ bedeutet, sondern beinhalte lediglich „organisatorische Vorschläge für einen von Deutschland abhängigen Wirtschaftsraum zur Mobilisierung des wirtschaftlichen Potentials für eine Kriegführung gegen England, das militärisch für nicht besiegbare gehalten wurde“⁸³.

Diesen Charakter eines „möglichen Kampfmittel(s) für einen gegen England à outrance zu führenden Krieg“⁸⁴ habe die Denkschrift erst dadurch erhalten, daß sich zwischen Ende August und Anfang September nicht nur ein völliges Scheitern der Konzeption vom begrenzten „Kabinettskrieg“ gegen England, sondern zugleich die Aussicht abgezeichnet habe, daß mit der „Möglichkeit einer hartnäckigen und über den Krieg hinausgreifenden wirtschaftspolitischen Gegnerschaft“ des Inselreiches „als Eventualität“ gerechnet werden müsse⁸⁵. Im übrigen habe der Reichskanzler kaum auf den Inhalt dieser Denkschrift eingewirkt, sondern vielmehr erst einmal so etwas wie eine lockere und unverbindliche Sammlung aller aus den verschiedenen Ressorts und Wirtschaftskreisen anstehenden Ziele und Wunschvorstellungen ohne Verbindlichkeit für die Regierungspolitik bereitstellen lassen wollen. Schließlich liege — worauf schon der Staatssekretär des Reichsamts des Innern und Kanzler-Stellvertreter Clemens von Delbrück hingewiesen hatte — der sichtbarste Beweis für die innere Widersprüchlichkeit und Unverbindlichkeit des ganzen Dokuments in der Tatsache, daß die Punkte 1 (über Frankreich), 2 (über Belgien) und 3 (über Luxemburg), in denen u.a. ganz unverhohlenen Annexionen, hohe Kriegskontributionen und der wirtschaftlich-politische Vasallenstatus für alle drei Länder als Ziele formuliert seien, in keiner Weise übereinstimmen mit der unter Punkt 4 niedergelegten Absicht zur Gründung eines „mittel-europäischen Wirtschaftsverbandes“, durch den die wirtschaftliche Hegemonie Deutschlands über Mitteleuropa in ganz anderer Weise stabilisiert werden sollte. Auch die Mitteleuropa-Idee Rathenaus rückt Zechlin ganz in den Zusammenhang eines Pressions- oder Kampfmittels gegen England und gegen die verhängnisvollen Wirkungen der englischen Fernblockade.

Zechlins These vom Kampfmittel-Charakter des Septemberprogrammes und der Mitteleuropa-Idee steht und fällt mit der Glaubwürdigkeit seiner zweiten, recht konstruktiv wirkenden These von dem ursprüng-

lich geplanten reinen „Kabinettskrieg“ gegen England, der angeblich erst vier Wochen später zum Entsetzen der deutschen Reichsleitung in einen Hegemonialkrieg „à outrance“ umgeschlagen sei. Sollte sich diese These, wofür vieles spricht, als reine Konstruktion der Geschichtsschreibung erweisen, so legt es die Zechlinsche Behauptung, die Reichsleitung habe von Anfang an den Krieg gegen drei Weltmächte in ihr Kalkül mit einbezogen, zwingend nahe, auch davon auszugehen, daß entsprechende deutsche Kriegszielplanungen wie etwa das September-Programm bereits ebenfalls sehr früh und vor allem nicht erst nach Kriegsausbruch und nicht nur ad hoc und improvisiert eingeleitet wurden. Im übrigen überzeugt die Trennung von „Kampfmittel“ und „Kriegsziel“ ebensowenig wie der Versuch, die Vorkriegsdiskussion über die – in ihrer Substanz sehr schillernde, variationsreiche und ausdeutungsfähige – Mitteleuropa-Idee von der Julikrise und der Kriegszielbewegung im Krieg gleichsam abzukoppeln.

Sehr bedenkenswert bleiben jedoch bei Zechlin die Ergebnisse seiner immanenten quellenkritischen Analyse der September-Denkschrift und der weiteren, auf sie bezogenen Schriftstücke. Sicher fehlt es dem Zeugnis an präziser Eindeutigkeit und an einer zwingenden programmatischen Konsistenz, und auch Fischer würde wohl zugeben, daß hier nur mehr allgemeine Richtlinien vor allem für den damals noch als unmittelbar bevorstehend angesehenen Siegfrieden über Frankreich und Belgien (das Problem Rußland sollte sich dann ja erst später stellen) formuliert werden sollten, die dann bei den Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungen noch schärfer präzisiert und vor allem mit den anderen preußischen und Reichsressorts und den hinter ihnen stehenden Wirtschaftskräften abgestimmt werden mußten.

Nähere Aufschlüsse über die kontroverse Frage, wieweit das September-Programm überhaupt einen verbindlich handlungsleitenden Charakter für die Reichsleitung gehabt hat, kann erst die Untersuchung der deutschen Kriegszielpolitik während des Krieges bis zum militärischen Zusammenbruch 1918 bringen. Hier wird man freilich generell feststellen müssen, daß nur Fritz Fischer bis heute eine – wenn auch sicher umstrittene – zusammenhängende Darstellung dieses Themas für die gesamte Kriegszeit und insofern damit auch gleichzeitig Material vorgelegt hat, um die oben formulierte Frage zu entscheiden, während seine Kritiker mit Ausnahme G. Ritters es bei mehr allgemein ablehnenden Bemerkungen ohne Präsentation einer so umfangreichen und konzeptionell weit ausgreifenden Materialfülle belassen haben.

4. Zur Kontinuität der deutschen Kriegszielpolitik im Kriege

Auch bei dieser Fragestellung konnte bisher der Graben zwischen Fritz Fischer und seinen Kritikern nicht überbrückt werden. Fischer hält daran fest, daß das „Septemberprogramm“ von 1914 und die in ihm niedergelegten Vorstellungen der Reichsleitung über die Gestaltung der europäischen machtpolitischen und ökonomischen Verhältnisse im Falle eines

deutschen Friedensdiktates unter Einschluß der Mitteleuropa-Idee im Kern und nur von gewissen Modifikationen abgesehen das kontinuierliche und richtungsweisende Kriegszielprogramm bis zum Ende des Krieges dargestellt hätten. So seien denn auch – und gleiches hatte der Fischer-Schüler H. Böhme auf dem Berliner Historikertag 1964 erklärt – der Gewaltfrieden von Brest-Litowsk mit der Sowjetregierung einschließlich des Zusatzvertrages sowie der Frieden mit Rumänien eine konsequente Konkretisierung und Aufgipfelung des deutschen Kriegszielprogramms von 1914 gewesen, und trotz geringfügiger Modifikationen sei die deutsche Reichsleitung auch bei Sonderfriedensbemühungen und -sondierungen nicht wirklich bereit gewesen, von ihrem Programm entscheidende Abstriche vor allem in Richtung auf einen Verzicht auf Belgien und Elsaß-Lothringen zu machen. Damit sei es Berlin gewesen, das letztendlich alle Bemühungen um Sonderfriedensschlüsse nach Westen oder Osten durch seine allzu starre Fixierung auf einmal formulierte Maximalforderungen zunichte gemacht habe. Demgegenüber beharren Zechlin und die anderen Kritiker darauf, das sogenannte „Septemberprogramm“ habe keinerlei verblindliche oder gar langfristig verbindliche Kraft gehabt; es habe vielmehr eine unverbindliche Ad-Hoc-Auflistung unterschiedlichster und widersprüchlicher Vorstellungen aus den politischen und wirtschaftlichen Führungskreisen des Reiches dargestellt und lediglich die Funktion gehabt, die angestrebte kontinentale Ausgangslage für einen künftigen langen Abnutzungs- und Materialkrieg gegen den britischen Inselstaat zu skizzieren. Nicht Deutschland habe seinen Gegnern diesen Weltkrieg aufgezwungen; es sei umgekehrt England gewesen, das die deutsche Herausforderung eines als begrenzt geplanten „Kabinettskrieges“ mit einem Wirtschaftskrieg à outrance Ende August (Anfang September durch seine Fernblockade beantwortet und damit die Reichsleitung zur Formulierung mehr oder weniger konkreter, wenn auch noch keineswegs verbindlicher Kriegsziele veranlaßt habe. Im Falle aussichtsreicher und ernst gemeinter Friedens- oder besser: Sonderfriedensverhandlungen zunächst mit dem Osten, dann aber auch nach Westen wäre – nach Zechlin – das Reich jederzeit zu entscheidenden Abstrichen – etwa in Polen, bei der Randstaatenpolitik oder in Belgien – bereit gewesen. Fischers Widersacher sind auch bis heute nicht bereit, den Frieden von Brest-Litowsk oder später von Bukarest gleichsam als Test- und Bewährungsfall für die Ernsthaftigkeit und Kontinuität der deutschen Kriegszielplanungen anzuerkennen. Vielmehr habe es sich hier um Friedensschlüsse noch im Kriege gehandelt, und die primäre Funktion dieser Friedensdiktate als Kampfmittel und nicht Kriegsziele sei es lediglich gewesen, die deutsche Machtbasis für den noch lange nicht gewonnenen Krieg im Westen zu verbessern. So etwas wie eine „Kriegszielpolitik“ hat nach Zechlin⁸⁶ überhaupt nicht „im Mittelpunkt der deutschen Politik“ gestanden; im übrigen habe Fischer nicht streng genug die – nicht existente – „Kriegszielpolitik“ von einer – sich durchaus massiv zu Worte meldenden – „Kriegszielbewegung“ unterschieden. „Kriegszielpolitik“ in der Bedeutung von zielbewußter Planung unterstellt der Reichsleitung – denn letztlich geht es

im ‚Griff nach der Weltmacht‘ doch um den Führungskreis und nicht um das ‚kaiserliche Deutschland‘ – für jede Erörterung von Kriegszielen eine politische Aktivität und Eigeninitiative, Ernsthaftigkeit und Endgültigkeit, die diese Erörterungen nicht gehabt haben“⁸⁷, Bethmann Hollweg habe jede Friedensbedingung „grundsätzlich abhängig... von der militärischen Lage Deutschlands bei Kriegsschluß“ gesehen und es deshalb für nutzlos erachtet, „sich auf bestimmte Forderungen festzulegen“. Dennoch erachtet es auch Erdmann für „unbestritten...“, daß Bethmann Hollweg einen Status-quo-Frieden nicht für einen idealen Ausgang des Krieges hielt und, falls es die Kriegslage um Augenblick des Friedensschlusses erlauben würde, nach dem Gewinn eines Vorfeldes für das Reich im Osten und Westen strebte“⁸⁸.

Da allerdings auch Fischer vernünftigerweise niemals bestritten hat, daß die Verwirklichung der Kriegsziele letztendlich von der militärischen Lage, d. h. von der Fähigkeit Deutschlands abhing, sie auch mit einem Sieg der Waffen durchzusetzen, verengt sich auch hier der Gegensatz auf die Frage, ob alle Chancen für eine vorzeitige Beendigung des Krieges entweder durch einen Sonderfrieden nach einer Seite oder einen allgemeinen Friedensschluß nach allen Seiten primär durch das hartnäckige Festhalten Berlins an seinen Kriegszielforderungen vertan worden seien (Fischer) oder ob sich auf beiden Seiten schon die Minimalziele soweit ausgeschossen hätten (etwa bei Elsaß-Lotharingen), daß ein Ausgleich auf dem Verhandlungswege nicht möglich gewesen sei (Zechlin, Ritter, Erdmann).

5. Zur Kontinuität vom Bismarckreich zum Dritten Reich, vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg

Hier tut sich ein sehr weites und schwieriges Thema auf, das eigentlich Gegenstand einer gesonderten Abhandlung sein müßte und deshalb hier nur soweit angesprochen werden soll, als es unmittelbar in die Fischer-Kontroverse hineingehört. So intensiv sich auch die deutsche Geschichtswissenschaft seit etwa zwei Jahrzehnten mit der Kontinuitätsproblematik in der jüngeren deutschen Geschichte seit der Gründung des Zweiten Reiches beschäftigt, so verschwommen und unscharf sind bis heute Begrifflichkeit und Fragestellung, auf deren Grundlage und in deren Rahmen sich die Diskussion bewegt. Sicher ist „Kontinuität nicht Identität“⁸⁹, und ebenso gewiß sind dieser Begriff „Kontinuität“ wie auch seine mit ihm implizierte Gegenposition der „Diskontinuität“ stets erklärungs- und definierungsbedürftig, bevor man mit diesen Begriffen heuristisch umgeht. Man kann von einer Kontinuität innen- oder außenpolitischer Zielsetzungen, von der kontinuierlichen Dominanz bestimmter Trägerschichten oder gesellschaftlich-ökonomisch-politischer Eliten oder auch von der Kontinuität in der Wahl der Mittel und Methoden bei der Durchsetzung bestimmter Ziele durch bestimmte Führungseliten sprechen; der Historiker sollte sich dabei aber stets bewußt sein, daß Kontinuitätslinien nicht auf allen Untersuchungsebenen parallel zu laufen brauchen, daß es vielmehr durchaus hier

Brüche und dort Kontinuitäten geben kann und daß es im übrigen eine reine Konstruktion wäre, in der Geschichte pauschal von der Kontinuität zu sprechen. Vielmehr ist Nipperdey voll darin zuzustimmen, daß in einer sehr komplexen und pluralistischen historischen Realität stets zahllose längere und kürzere Kontinuitätslinien nebeneinander herlaufen, sich kreuzen, ineinander verschlingen oder auch gegenseitig ablösen können. Auch kann sich im Bewußtsein des nachvollziehenden Historikers post eventum von einer bestimmten theoretischen Prämisse oder einem politisch oder wie auch immer motivierten Vorverständnis her etwas als kontinuierlich darstellen, was für die Zeitgenossen viel eher den Charakter eines Bruches hatte oder umgekehrt. Diese wenigen Andeutungen mögen genügen, um uns zu mahnen, mit dem scheinbar einduetigen Begriffspaar „Kontinuität“ – „Diskontinuität“ besonders vorsichtig umzugehen und seiner inflationären und oft gedankenlosen Verwendung endlich Einhalt zu gebieten.

Man wird den frühen Kritikern Fischers, allen voran G. Ritter, den Vorwurf nicht ersparen können, gerade in der Kontinuitätsdebatte in der vehementen und leidenschaftlichen Abwehr der Fischerschen Thesen vorzeitig falsche Akzente gesetzt und einer – politisch motivierten – Verzerrung oder gar Verfälschung dieser Thesen Vorschub geleistet zu haben. Es war mit ein Verdienst E. Zechlins, diese Diskussion dann bei aller Gegensätzlichkeit der Interpretationen wieder in das nüchternere Fahrwasser fairer wissenschaftlicher Auseinandersetzung ohne politische Akzentsetzung geführt zu haben. Konkret wurde Fischer entgegen seiner ursprünglichen Absicht von Anfang an von seinen Widersachern in doppelter Richtung mit der Kontinuitätsdebatte identifiziert: Zum einen trug ihm seine Deutung der Julikrise 1914, die ursprünglich in seinem Erkenntnisinteresse mehr marginal gewesen war, auf die sich aber sofort alle stürzten, wobei dann das Buch „Griff nach der Weltmacht“ oft in Vergessenheit geriet, den massiven Vorwurf ein, die an sich als gelöst angesehene Kriegsschuldfrage der zwanziger Jahre zur Unzeit wieder aufgeworfen und mit einer Einseitigkeit zu Lasten Deutschlands beantwortet zu haben, die nur das Etikett „nationale Nestbeschmutzung“ und „Flagellantentum“ (G. Ritter) verdiene; zum anderen und damit eng verbunden wurde Fischer vorgehalten, Bethmann Hollweg zu einem Vorläufer Hitlers, sein angebliches Kriegszielprogramm zu einer Art Vorstufe der brutalen und uferlosen Eroberungspläne des braunen Diktators hochstilisiert und dämonisiert zu haben. Nichts lag Fischer ferner als dies!

Sein Verdienst ist es vielmehr – und hier ist ihm die Forschung inzwischen ein ganzes Stück gefolgt –, das überlieferte Bild des zögernden und unentschlossenen „Philosophen von Hohenfinow“ und der Hamletfigur korrigiert und den Reichskanzler schärfer als einen durchaus aktiven und entscheidungsstarken, sich seiner politischen Verantwortung voll bewußten Staatsmann profiliert zu haben. Während er freilich bei Zechlin und Erdmann (weitgehend aus der problematischen Perspektive des Riezler-Tagebuches!) doch als „Fatalist“, „Pessimist“ und Kanzler des „warnenden Widerstandes“ (Zechlin) erscheint, der versucht habe, sich

den herrschenden aggressiven Tendenzen im Kaiserreich entgegenzustellen, um ihnen am Ende 1917 doch zu unterliegen, sieht Fischer ihn eher als gerade im Einklang mit diesen Tendenzen handelnd. Aber auch es betont wie seine Kritiker, daß sich Bethmann Hollweg der Grenzen seines Handlungsspielraumes bewußt gewesen sei, die ihm und seiner „Politik der Diagonale“ die vorwärtsdrängenden und vielfach annexionistischen und reaktionären Kräfte im Machtgefüge des Kaiserreiches vorgezeichnet hätten: die Agrarier, die Schwerindustrie, die Flotte, die Konservativen, Hofkreise um den Kronprinzen, der Kolonial- und der Flottenverein, die Alldeutschen, die aufgeputschte öffentliche Meinung usw. Von einem Vorläufer Hitlers findet sich im Bethmann-Hollweg-Bild Fischers wirklich keine Spur. Über Kontinuität heißt es im Vorwort zum „Griff nach der Weltmacht“ nur sehr vorsichtig, das Buch weise „über sich hinaus, indem es bestimmte Denkformen und Zielsetzungen für die deutsche Politik im Ersten Weltkrieg aufzeigt, die weiterhin wirksam geblieben sind. Von daher gesehen dürfte es auch einen Beitrag zu dem Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg sein“. Wenn Fischer dann auf den letzten beiden Seiten seines „Griff nach der Weltmacht“ gewisse Kontinuitätslinien zur Außenpolitik Stresemanns andeutet, so befindet er sich hier im übrigen im Einklang mit einem sehr kritischen Stresemann-Bild, das wesentlich auf H. W. Gatzke und A. Thimme zurückgeht und in der Forschung durchaus eine breite Zustimmung gefunden hat.

Die Diskussion über außenpolitische Kontinuität vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg wurde vielmehr lange vor Fischer und ganz unabhängig von ihm eröffnet, wenngleich er von hier aus wichtige Anregungen und Impulse für seine eigenen Forschungen empfangen hat. Es war der Marburger Historiker Ludwig Dehio, der im September 1951 auf der 21. Versammlung deutscher Historiker in Bremendurch seinen Vortrag „Deutschland und die Epoche der Weltkriege“ gleichsam einen „Stein des Anstoßes“ in das „Wasser der geschichtswissenschaftlichen Diskussion“ warf, der weiteste Kreise ziehen sollte⁹⁰. Bis dahin war die westdeutsche Geschichtswissenschaft unter den traumatischen Nachwirkungen des Nationalismus wesentlich damit beschäftigt gewesen, das Dritte Reich gleichsam wie einen „Betriebsunfall“ aus dem umfassenden Gesamtzusammenhang der jüngeren deutschen Geschichte herauszulösen und durch scharfe Zäsuren 1933 und 1945 so zu tun, als sei die braune Diktatur den wahren Traditionen Preußen-Deutschlands zutiefst fremd gewesen (G. Ritter). Das mag als apologetische Abwehrhaltung gegen die von den Siegermächten propagierte (und im übrigen von Hitler selbst mit inaugurierte!) These von der präfaschistischen Ahnenreihe von Luther über Friedrich den Großen, Bismarck, Ludendorff bis hin zu Hitler verständlich gewesen sein; im geschichtlichen Erkenntnisprozeß führte diese Vorstellung von den qualitativen Brüchen 1933 und 1945 jedoch in eine Sackgasse. Hier nun schlug ein nahnhafter Historiker, Ludwig Dehio, eine wichtige Bresche für die weitere Diskussion und sprach unter zunächst heftigem Widerspruch seiner Kollegen davon, daß die beiden Weltkriege „unter-

einander als zwei Akte desselben Dramas“ eng zusammenhängen und beide als Hegemonialkriege „aufs höchste gesteigert die wohlbekannten Familienzüge jener europäischen Hauptkriege“ zeigten, „wie sie bezeichnet werden durch die Namen Karls V. und Philipps II., Ludwigs XIV. und Napoleons I.“. Dehio maß „in der Kette der Hegemonialkriege dem deutschen Doppelgliede seine einzigartige Bedeutung“ zu. Denn nur Deutschland habe zweimal als „Hegemonialmacht unserer Zeit“ auf dem Wege zur europäischen Hegemonie zugleich „die zentralen Lebensnerven der englischen Weltmacht“ unmittelbar bedroht. „Unser an sich typischer Imperialismus nahm damit einen singulären Zug an, obgleich draußen im kolonialen Bereich die Reibungsflächen anderer Imperialismen mit dem englischen viel umfangreicher waren als die des unseren“. Wenngleich Dehios provozierende These inzwischen mit Recht Kritik und wichtige Korrekturen erfahren hat und von ihm auch der markante Einschnitt des modernen Wirtschafts imperialismus seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert sicher unterschätzt worden ist, hatte er doch thematisch einen Grundakkord angeschlagen, der in den folgenden Jahrzehnten bis heute mit immer neuen Variationen die Diskussion gleichsam leitmotivisch bestimmen sollte: Hegemonialkampf in Europa – kolonialer Imperialismus – Verhältnis zu England – Kontinuitätslinien vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. Die Aufmerksamkeit nicht nur der Geschichtswissenschaft war fortan, vor allem als dann auch Fischers Aufsätze und Bücher erschienen, mit Nachdruck auf langfristige Kontinuitäts- und Traditionslinien der jüngeren deutschen Geschichte zumindest seit 1870/71 zurückgelenkt, in deren Rahmen dann der Standort und die Bedeutung des Dritten Reiches neu zu bestimmen waren. Das Bismarckreich rückte fortan seit den frühen 60er Jahren sowohl innen- als auch außenpolitisch immer mehr in den Mittelpunkt von Forschung und Lehre in der Bundesrepublik, um von hier aus in einer kritischen Bestandsaufnahme und vielfach mit dem methodischen Instrumentarium der modernen Sozialgeschichte die Wurzeln sowohl des Ersten als auch des Zweiten Weltkrieges freizulegen. Das konnte und durfte jedoch nicht bedeuten, die deutsche Geschichte seit 1870/71 eindimensional und undifferenziert einfach zur Vorgeschichte zweier Weltkriege und eines Diktaturstaates zu denaturieren!

Während Fischer in seinem zweiten großen Werk „Krieg der Illusionen“ (1969) zunächst einmal sinnvollerweise daran ging, vom Weltkrieg und von der Julikrise 1914 aus gewisse kontinuierliche Ursprungs- und Entwicklungslinien in die Vorkriegszeit zurückzuverfolgen und damit die schon im Einleitungskapitel „Deutscher Imperialismus“ seines „Griff nach der Weltmacht“ zunächst nur grobkörnig skizzierten kausalen Zusammenhänge zwischen Vorkriegs imperialismus und Kriegszielpolitik detailliert aufzufächern, hat er dann – nach entsprechenden Vorstudien – 1978 in seinem Vortrag zum Hamburger Historikertag und, aus diesem erwachsen, in seinem Buch „Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871 – 1945“⁹¹ die Frage nach der Kontinuität ganz bewußt und zeichentlich umfassend gestellt und zu beantworten versucht.

Diese Studie unterscheidet sich von den beiden großen Werken nicht nur inhaltlich durch ihren chronologisch weitreichenden Zugriff, sondern auch durch ihren methodischen Ansatz. Dabei konnte Fischer auf das inzwischen entwickelte breite analytische Angebot einer mehr theoretischen Imperialismuskussion zurückgreifen, die in den letzten zwanzig Jahren, nicht zuletzt auch durch ihn selbst ausgelöst, in der Bundesrepublik in Gang gekommen ist und die in manchem auf ältere Erklärungsmodelle von Lenin, Hobson und Schumpeter zurückgeht. Stellvertretend für viele andere seien hier als prominente Vertreter nur W. J. Mommsen und H. — U. Wehler erwähnt⁹². Während Fischer Mommsens Argument von einem sich selbst blockierenden politischen System im Kaiserreich, in dem seine führenden Schichten 1914 nicht mehr angemessen auf die krisenhaften Zuspitzungen dieser Epoche hätten reagieren können, mit einiger Skepsis gegenübersteht, hat er inzwischen manches von Wehlers sozialimperialistischem Erklärungsansatz übernommen. Danach stellt sich die Kriegsbereitschaft der Reichsleitung im Juli 1914 u. a. auch als eine bewußte innenpolitische Ablenkungs- und Kompensationsstrategie dar, um in einer Art „Flucht nach vorn“ die über Jahrzehnte aufgestauten sozioökonomischen Spannungen im Innern durch eine imperialistische und kriegsentschlossene Außenpolitik abzulenken und zu neutralisieren, da die konservativen Eliten nicht in der Lage und auch nicht willens waren, den inneren Überdruck durch eine Modernisierung und Demokratisierung des gesellschaftlich-politischen Systems auf friedlichem und evolutionärem Wege abzubauen.

Auch Fischer bricht jetzt mit einer überwiegend personalisierenden Sicht, wie sie auch noch seine beiden Bücher im wesentlichen auszeichnet, und stellt in den Mittelpunkt seiner Betrachtung überpersonale Macht- und Herrschaftsstrukturen in Staat, Ökonomie und Gesellschaft. Es sind nicht mehr die personalen Entscheidungsprozesse und die persönliche Verantwortung, die ihn — wie noch in seinem methodischen im übrigen recht konservativ und traditionell angelegten „Griff nach der Weltmacht“ — primär interessieren, sondern unter sozialstrukturellem Aspekt „die Verbindung agrarisch-aristokratischer und industriell-großbürgerlicher Machteliten, die ihre Positionen gegen die heraufdrängende Demokratie und Sozialdemokratie zu behaupten versuchten“⁹³. Sie macht er für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges insofern verantwortlich, als jene Eliten damals versuchten, „dem Wandel der Gesellschaft im Industriezeitalter zu entgehen durch Behauptung ihrer privilegierten sozialen Stellung im Innern, notfalls auch durch kriegerische Expansion nach Außen“⁹⁴. „Der primär defensiv-konservativen Zielsetzung nach innen entsprach eine offensiv-expansive Zielsetzung nach außen: Nach der Hegemonie Preußens in Deutschland die Hegemonie Preußen-Deutschlands in Europa, zugleich als Basis zur Erringung einer Stellung als Weltmacht“⁹⁵. Zum internationalen Konflikt mußte es nach Fischer sowohl 1914 als auch 1939 in einer noch weitgehend ungebrochenen Tradition der deutschen Machteliten deshalb kommen, weil „weder die europäischen Nachbarn noch die USA jemals bereit waren, eine deutsche Hegemonie auf der Basis kriegerischer

Expansion hinzunehmen“⁹⁶. Damit aber war der Weg nicht nur „in die Katastrophe der beiden Weltkriege“⁹⁷ 1914 und 1938/39, sondern auch in das zweimalige katastrophale Scheitern 1918 und 1945 geradezu zwangsläufig vorgezeichnet. Hier nimmt Fischer also auch dezidiert zur Frage durchgehender Kontinuitätslinien in der deutschen Geschichte zwischen 1870/71 und 1945 Stellung, freilich wesentlich reduziert auf die „Kontinuität der Machtstrukturen“. Wiederum ist für ihn in seiner abschließenden Zusammenfassung Dreh- und Angelpunkt seiner Beweisführung der Erste Weltkrieg: dessen „Stellenwert ... für das Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte liegt also darin, daß das ‚Dritte Reich‘ mit seiner welthistorisch größten Wirkung, dem Zweiten Weltkrieg, vor allem als Reaktor auf den Ersten Weltkrieg zu verstehen ist, als Weigerung der führenden Schichten des Deutschen Reiches, den Ausgang des Ersten Weltkrieges hinzunehmen“⁹⁸. „Zweimal, in Kaiserreich und im Hitlerreich, verkannten die führenden Schichten des deutschen Reiches die historisch-politischen Realitäten Deutschlands in der modernen Welt...“⁹⁹. Aber es gab nach Fischer auch „zahlreiche Unterschiede im Ausmaß der Ziele, in Methoden und Mentalität zwischen dem kaiserlichen und dem nationalsozialistischen Deutschland“: so war das Kaiserreich „ein Rechtsstaat, der in dieser Seite seines Wesens im Liberalismus wurzelte“. Das Dritte Reich dagegen war kein Rechtsstaat, weder in „der gewaltsamen Ausschaltung und Rechtslosmachung von politischen Gegnern“ noch „in der gewaltsamen Aussiedlung und dem Völkermord an Polen und Juden“. So „singulär diese verbrecherisch-unmenschlichen Züge der Hitler-Diktatur“ waren und, könnte man hinzufügen, so einzigartig auch die Tatsache war, daß eine rassistisch-sozialdarwinistische Ideologie zum erstenmal offiziell zur leitenden Staatsdoktrin mit tödlichem Ausgang für viele Millionen wurde, so wenig dürfte man nach Fischer andererseits doch „die durchgehenden Strukturen und Ziele des 1866/71 entstandenen und 1945 untergegangenen Preußisch-Deutschen Reichs“ übersehen, „das Kontinuum im Wandel und seine Wirkungen im internationalen System“¹⁰⁰.

Im Gegensatz zu Fischer setzt A. Hillgruber einen epochalen Einschnitt im Jahre 1917/18: damals wurde innenpolitisch die „Vaterlandspartei“ als erste präfaschistische Massenpartei von Kapp und Tirpitz mit unmittelbaren Verbindungen dann zur DAP als Vorläuferin der NSDAP gegründet; gleichzeitig begann nach außen die 3. Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff durch ihren weiträumigen Annexionismus nach Osten, kulminierend im Friedensdiktat von Brest-Litowsk, räumlich die Dimensionen abzustecken, in denen dann knapp ein Vierteljahrhundert später die Nationalsozialisten ihr Lebensraumprogramm gewaltsam zu verwirklichen hofften.

Freilich besteht heute in der westdeutschen Geschichtswissenschaft weitgehend Einigkeit darüber, daß ungeachtet gewisser räumlicher Parallelen zwischen 1917/18 und 1941ff. doch das Rassenprogramm und, damit eng verbunden, der Antibolschewismus und die von Anfang an geplante Ideologisierung des Ostfeldzuges als eines gnadenlosen „Weltanschauungskampfes“ die deutsche Ostpolitik und damit auch den Ausplünderungs-

und Vernichtungsfeldzug gegen die UdSSR, verglichen mit dem Ersten Weltkrieg, auf eine qualitativ neue Stufe gehoben haben. Letztendlich unterscheidet sich gerade durch seine sozialdarwinistische Dynamisierung und Radikalisierung der Zweite vom Ersten Weltkrieg.

Diese Aussage soll am Schluß dahingehend modifiziert und relativiert werden, daß doch das Bewußtsein, in der Außenpolitik allgemein und in der Ostpolitik im besonderen in einer gewissen machtpolitischen und wirtschaftsimperialistischen Kontinuität seit 1914 zu stehen, den deutschen Führungseliten in der Großwirtschaft, im Auswärtigen Amt, in der Wirtschaftsbürokratie und in der Wehrmacht den Weg in das Dritte Reich wesentlich erleichtert und so etwas wie einen Konsens im Grundsätzlichen oder eine „Teilidentität der Ziele“ (Messerschmidt) vor und nach 1941, auch dann bei der Planung und Durchführung der Besatzungspolitik im eroberten Osten geschaffen hat. Dieses Bewußtsein von Kontinuität war mit die Brücke der schrittweisen und reibungslosen Gleichschaltung und der freiwilligen Selbstgleichschaltung der traditionellen Eliten mit den braunen Machthabern nach 1933. Dies erst jüngst mit bestürzender Eindringlichkeit und auf einer profunden Quellenbasis am Fall der deutschen Besatzungspolitik in Rußland wieder ins allgemeine Blickfeld gerückt zu haben, ist ein wesentliches Verdienst des gerade erschienenen vierten Bandes „Der Angriff auf die Sowjetunion“ der vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg herausgegebenen zehnbändigen Reihe „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“.

AMMERKUNGEN

- ¹ Bruckmann, Klaus: Erster Weltkrieg-Ursachen, Kriegsziele, Kriegsschuld. Fritz Fischers Thesen in deutschen Schulgeschichtsbüchern, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 32 (1981) S. 600–617.
- ² Vgl. schon Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, in: Gebhardt, Bruno, (Hrsg.) Handbuch der Deutschen Geschichte Band 4, 8. Auflage, S. 24 f.; 9. Auflage, S. 52.
- ³ Abgedruckt in: GWU 3 (1952) S. 288–299.
- ⁴ Wiederabgedruckt in GWU 34 (1983) S. 238–243.
- ⁵ Fischer, Fritz: Juli 1914: Wir sind nicht hineingeschlittert, Das Staatsgeheimnis um die Reizler-Tagebücher. Eine Streitschrift, rororo aktuell, Hamburg 1983 (Fischer, Streitschrift).
- ⁶ Sösemann, Bernd: Die Tagebücher Kurt Riezlers. Untersuchungen zu ihrer Echtheit und Edition, in: Historische Zeitschrift 236 (1983), S. 327–369.
- ⁷ ebda S. 371–402.
- ⁸ Mitt. d. Inst. f. Öst. Geschichtsforschung 81 (1973) S. 490–495.
- ⁹ Blätter für deutsche Landesgeschichte 110 (1974) S. 261–275.
- ¹⁰ Janßen, Karl-Heinz: August 14: Wahrheit auf Raten. Zwei Historiker streiten um Tagebücher: Wurde die deutsche Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg im nationalen Interesse verschleiert? in: DIE ZEIT Nr. 24, 10. Juni 1983, S. 9 ff.
- ¹¹ Erdmann, K. D.: Die Tagebücher Riezlers sind echt, Streit um ein historisches Dokument, das ins Zwielficht geraten ist. Eine Antwort, in: DIE ZEIT Nr. 28, 8. Juli 1983, S. 14.
- ¹² Die Zeit Nr. 28, 8. Juli 1983, S. 13; Nr. 33, 12. August 1983, S. 27.
- ¹³ Erdmann, Karl-Dietrich: Zur Beurteilung Bethmann Hollwegs, in: GWU 15 (1964) S. 525–540.
- ¹⁴ Erdmann, Karl-Dietrich: (Hrsg.), Kurt Riezler. Tagebücher – Aufsätze – Dokumente, 1972.
- ¹⁵ Fellner a. a. O. S. 494.

- ¹⁶ ebda S. 495.
- ¹⁷ ebda S. 495.
- ¹⁸ Sösemann a. a. O. S. 348f.
- ¹⁹ ebda S. 353.
- ²⁰ ebda S. 356.
- ²¹ Erdmann a. a. O. S. 385.
- ²² ebda S. 398.
- ²³ Erdmann, Kurt Riezler S. 184.
- ²⁴ Fischer, Streitschrift S. 41. 88.
- ²⁵ ebda S. 88.
- ²⁶ ebda S. 85.
- ²⁷ ebda S. 105.
- ²⁸ Erdmann, K. D.: Die Zeit der Weltkriege, 9. Auflage S. 54.
- ²⁹ Zechlin, Egmont: Ein Nachwort, in: Schieder, Wolfgang: (Hrsg.), Erster Weltkrieg, 1969. S. 199f.
- ³⁰ Zechlin, E.: Ein „Nachwort“. Zur Julikrise von 1914, in: ders., Krieg und Kriegsrisiko. Zur deutschen Politik im Ersten Weltkrieg. Aufsätze, 1979, S. 160 – 191.
- ³¹ Erdmann, a. a. O. S. 52.
- ³² Erdmann, Problèmes politiques de la 1ère guerre mondiale (Internationaler Historikertag vom 31. August 1965). Der Stand der Forschung, in: E. Zechlin, Krieg und Kriegsrisiko S. 54.
- ³³ Hillgruber, Andreas: Riezlers Theorie des kalkulierten Risikos und Bethmann Hollwegs politische Konzeption in der Julikrise 1914, in: ders., Deutsche Großmacht- und Welt-politik im 19. und 20. Jahrhundert, 1977, S. 91ff.
- ³⁴ ebda S. 92.
- ³⁵ ebda S. 99; vgl. auch ders., Die deutsche Politik in der Julikrise 1914, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 61 (1981) S. 191 – 215.
- ³⁶ Hillgruber, Riezlers Theorie S. 100.
- ³⁷ ebda S. 101f.
- ³⁸ ebda S. 106.
- ³⁹ Zechlin, E.: Ein „Nachwort“. Zur Julikrise von 1914, in: ders., Krieg und Kriegsrisiko, S. 180.
- ⁴⁰ Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 1961, S. 69; vgl. dazu ders., Streitschrift S. 89f.
- ⁴¹ Fischer, Fritz: Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im ersten Weltkrieg, 1965, S. 51.
- ⁴² ebda S. 52.
- ⁴³ Fischer, F.: Streitschrift S. 33 et passim.
- ⁴⁴ Zechlin, E.: Probleme des Kriegskalküls und der Kriegsbeendigung im Ersten Weltkrieg, in: ders., Krieg und Kriegsrisiko S. 38.
- ⁴⁵ ebda S. 39.
- ⁴⁶ Zechlin, E.: Die Illusion vom begrenzten Krieg, in: ders., Krieg und Kriegsrisiko S. 63.
- ⁴⁷ Zechlin, E.: Bethmann Hollweg, Kriegsrisiko und SPD 1914, in: ders., Krieg und Kriegs- risiko S. 66f.
- ⁴⁸ Zechlin, E.: Ein „Nachwort“. Zur Julikrise von 1914, in: ders., Krieg und Kriegsrisiko S. 184f.
- ⁴⁹ Hillgruber, A.: Zwischen Hegemonie und Weltpolitik – Das Problem der Kontinuität von Bismarck bis Bethmann Hollweg, in: ders., Deutsche Großmacht- und Weltpolitik S. 56 mit polem. Spitze gegen Fischer, der dieser Transformation des Präventivkriegs- gedankens in Deutschland keine Beachtung geschenkt habe (Anm. 4).
- ⁵⁰ Hillgruber, A.: Deutsche Rußlandpolitik 1871–1918: Grundlagen – Grundmuster – Grundprobleme, in: ders., Deutsche Großmacht- und Weltpolitik S. 75.
- ⁵¹ Vgl. Anm. 49; F. Fischer, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, 1969, S. 565ff., 586ff., 663ff. ders., Streitschrift S. 33ff.
- ⁵² Erdmann, K. D.: Die Zeit der Weltkriege, 9. Aufl. S. 38, 41, 55f.
- ⁵³ ebda S. 39; Zur These vom Präventivkrieg vgl. auch E. Zechlin, Julie 1914. Antwort auf eine Streitschrift, in: GWU 34 (1938) S. 242; hier ist nicht nur der FAZ – Artikel vom 8. 7. 1982. sondern auch eine Antwort auf Fischers Streitschrift abgedruckt.

- 54 Zechlin, E.: Bethmann Hollweg, Kriegsrisiko und SPD 1914, in: ders., Krieg und Kriegsrisiko S. 73 und Anm. 30.
- 55 Zechlin, E.: Das Kriegsziel der ‚Selbstbehauptung‘, in: ders., Krieg und Kriegsrisiko S. 113.
- 56 ebda S. 114.
- 57 Zechlin, E.: Probleme des Kriegskalküls und der Kriegsbeendigung im Ersten Weltkrieg, in: ders., Krieg und Kriegsrisiko S. 49.
- 58 Zechlin, E.: Die Illusion vom begrenzten Krieg, in: ders. Krieg und Kriegsrisiko S. 63.
- 59 Zechlin, E.: Ein „Nachwort“. Zur Julikrise von 1914, in: ders., Krieg und Kriegsrisiko S. 164.
- 60 Zechlin, E.: Vorwort zur Aufsatzsammlung Krieg und Kriegsrisiko, S. 8.
- 61 Gasser, Adolf: Deutschlands Entschluß zum Präventivkrieg 1913/14, in: *Discordia concors*. Festschrift für E. Bonjour, 1968, S. 173ff., der., Der deutsche Hegemonialkrieg von 1914, in: I. Geiss und B. J. Wendt (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhundert 1973, S. 307ff.; ders., Erster Weltkrieg und ‚Friedensforschung‘, in: *Allg. Schweizerische Militärzeitschrift* 140 (1974) S. 235ff.
- 62 Röhl, John C. G.: An der Schwelle zum Weltkrieg: Eine Dokumentation über den ‚Kriegsrat‘ vom 8. Dezember 1912, in: *MGM* 21 (1977/1) S. 77–134; ders., Die Generalprobe. Zur Geschichte und Bedeutung des ‚Kriegsrates‘ vom 8. Dezember 1912, in: D. Stegmann, B.–J. Wendt, P.–Chr. Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und Politisches System, 1978, S. 357–373.
- 63 Schulte, Bernd F.: Zu der Krisenkonferenz vom 8. Dezember 1912 in Berlin. in: *Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft* 102 (1982) S. 183–197 mit ausführlicher Diskussion des Forschungsstandes.
- 64 Zechlin, E.: Die Adriakrise und der ‚Kriegsrat‘ vom 8. Dezember 1912, in: ders., Krieg und Kriegsrisiko, S. 115ff., bes. S. 138ff.
- 65 Mommsen, Wolfgang J.: Domestic Factors in German Foreign Policy, in: *Central European History* 6 (1973) S. 3–43; ders., The Topos of Inevitable War in Germany in the Decade before 1914, in: V. R. Berghahn und M. Kitchen (Hrsg.), *Germany in the Age of Total War*, 1981.
- 66 Fischer, F.: Krieg der Illusionen S. 235.
- 67 ebda S. 236.
- 68 ebda S. 241.
- 69 Röhl, John C. G.: Die Generalprobe a. a. O. S. 372f.
- 70 Schulte, B. F.: a. a. O. S. 192.
- 71 Erdmann, K. D.: Die Zeit der Weltkriege, 9. Auflage, S. 39.
- 72 Fischer, F.: Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus. Aufsätze und Vorträge aus drei Jahrzehnten 1977, S. 16 (Einführung)
- 73 Zechlin, E.: Das Kriegsziel der ‚Selbstbehauptung‘, in: ders., Krieg und Kriegsrisiko S. 111.
- 74 Fischer, F.: Krieg der Illusionen S. 675ff.
- 75 Zechlin, E.: Ein „Nachwort“. Zur Julikrise von 1914, in: ders. Krieg und Kriesgrisiko S. 167.
- 76 Hillgruber, A.: Die deutsche Politik in der Julikrise 1914 a. a. a. O. S. 198f.
- 77 ebda S. 200.
- 78 ebda S. 212.
- 79 Zechlin, E.: Ein „Nachwort“. Zur Julikrise von 1914, in: ders. Krieg und Kriegsrisiko S. 163.
- 80 Erdmann, K. D.: Die Zeit der Weltkriege, 9. Auflage, S. 37; ders., Zur Beurteilung Bethmann Hollwegs a. a. O. S. 217ff.
- 81 Zechlin, E.: Friedensbestrebungen und Revolutionierungs versuche, Kap. VIII Kronprinz Wilhelm, Tirpitz und der Kanzler, in: *Das Parlament*, Beilage 20/63 v. 15. 5. 1963; ders., Deutschland zwischen Kabinettskrieg und Wirtschaftskrieg. Politik und Kriegführung in den ersten Monaten des Weltkrieges 1914, in: *HZ* 199 (199 (1964) S. 347–458, bes. S. 392ff., 405ff., 423.; ders., Probleme des Kriegskalküls und der Kriegsbeendigung im Ersten Weltkrieg, in: Krieg und Kriesgrisiko S. 41ff., 59.
- 82 Zechlin, E.: Probleme des Kriegskalküls und der Kriegsbeendigung im Ersten Weltkrieg, in: Krieg und Kriegsrisiko S. 42 Anm. 29.

- ⁸³ ebda S. 44.
- ⁸⁴ ebda S. 42.
- ⁸⁵ Zechlin, E.: Deutschland zwischen Kabinettskrieg und Wirtschaftskrieg a. a. O. S. 392.
- ⁸⁶ Zechlin, E.: Probleme des Kriegskalküls und der Kriegsbeendigung im Ersten Weltkrieg, in: ders., Krieg und Kriegsrisiko S. 32
- ⁸⁷ ebda S. 48.
- ⁸⁸ Erdmann, K. D.: Problèmes politiques de la I^{ère} guerre mondiale, in: Zechlin, Krieg und Kriegsrisiko S. 55.
- ⁸⁹ Fischer, F.: Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945, 1979, S. 8; Zur Kontinuitätsproblematik Hillgruber, A.: Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, 1969; Fischer, F.: Zum Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte von Bismarck zu Hitler, in: *Studia Historica Slavo-Germanica* 1 (1972), wiederabgedr. in ders., Der erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild S. 350-363; Röhl, J. C. G.: From Bismarck to Hitler. The Problem of Continuity in German History, 1970; Nipperdey, Th.: 1933 und Kontinuität der deutschen Geschichte, in: *HZ* 227 (1978) S. 86-111; Schöllgen, G.: „Fischer-Kontroverse“ und Kontinuitätsproblem. Deutsche Kriegsziele im Zeitalter der Weltkriege, in: Hillgruber, A. und J. Dülffer (Hrsg), Ploetz. Geschichte der Weltkriege. Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945, 1981, S. 163-177; - Wendt, B. I., Deutschland in der Mitte Europas Grundkonstellationen der Geschichte, in: *Deutsche Studien* 75, XIX Jg. (1981) S. 220-275.
- ⁹⁰ In etwas erweiterter Fassung gedruckt in: Dehio, Ludwig: Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, Fischer Bücherei Bd. 352, 1961, S. 9-32; kritisch dazu Hillgruber, A.: Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, in: ders., Großmachtpolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert, 1974, S. 15.
- ⁹¹ vgl. Anm. 89.
- ⁹² Genaue Angaben bei Erdmann, K. D.: Die Zeit der Weltkriege, 9. Auflage, S. 34f.; vgl. auch den eingehenden und instruktiven Literaturbericht von Klaus Hildebrand in: *NPL* XX (1975) S. 160-194 und 339-364.
- ⁹³ Fischer: Bündnis der Eliten S. 7.
- ⁹⁴ ebda S. 94.
- ⁹⁵ ebda S. 8.
- ⁹⁶ ebda S. 94.
- ⁹⁷ ebda.
- ⁹⁸ ebda S. 93f.
- ⁹⁹ ebda S. 94.
- ¹⁰⁰ ebda S. 95.